

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 155

SONNTAG, 31. Mai 1936

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:

Spitzel und Lockspitzel
Tagung der Internationale
Ein Olympier ohne Maske
Ablenkung von der Rohstoffnot

Die Hochflut der Prozesse

Ueber 50.000 politische Gefangene in den Gefängnissen

Vor einigen Wochen gab der Berliner Korrespondent der »Neuen Züricher Zeitung« die Zahl der Strafanstaltsinsassen für Preußen Ende d. J. 1935 mit 109.000 an. Das läßt, da Preußen weniger als zwei Drittel der Reichsbevölkerung umfaßt, auf 170.000 Strafanstaltsinsassen im ganzen Reich schließen, wobei die Zehntausende in Konzentrationslagern eingeschlossenen Gefangenen nicht mitgezählt sind.

Vor Hitlers Machtergreifung, zu Ende des Jahres 1932, betrug die Zahl der Strafgefangenen in Preußen etwa 37.000, sie hat sich also seitdem verdreifacht.

Von dem jetzigen Bestande kommt mehr als der vierte Teil (27 Prozent) nach der angegebenen Quelle auf die wegen politischer Vergehen Verurteilten. Ihre Zahl ist für Preußen auf über 30.000, für das Reich auf nahezu 50.000 zu veranschlagen.

Das sind erschütternde Zahlen. Trotzdem spricht nichts dafür, daß sie bereits im vollen Umfang die Verfolgungssucht des braunen Terrorregiments angeben. Obwohl das System versucht hat, durch die jüngste Scheinamnestie etwas Platz in den überfüllten Strafanstalten zu schaffen, dürfte die Zahl der wegen politischer Delikte Inhaftierten während des laufenden Jahres noch zunehmen.

Der famose »Ordnungsstaat«, der noch nicht einmal seine Ausgaben und seinen Staatshaushalt bekannt zu geben wagt, hält natürlich erst recht die Bilanz seines strafrechtlichen Terrorregiments geheim. Die wenigen Angaben der amtlichen Statistik sind, falls überhaupt glaubwürdig, jedenfalls irreführend. Die amtliche Statistik hält erst beim Jahre 1933. Sie verrät u. a., wie viel Personen auf Grund der zu Beginn der Naziherrschaft erlassenen Terror-Verordnungen noch im gleichen Jahr rechtskräftig abgeurteilt wurden. Abgesehen davon, daß über die Höhe der Strafen nichts bekannt gegeben wird, muß man sich hüten, in diesen Ziffern ein volles Jahresergebnis zu sehen.

Z. B. lieferten nach amtlicher Angabe die am 28. Februar 1933 erlassene Verordnung »zum Schutz von Volk und Staat« 3133 Verurteilungen, die am 21. März 1933 erlassene Verordnung »zur Abwehr heimtückischer Angriffe pp.« 3794 Verurteilungen bis zum 31. Dezember 1933. Aber man muß bedenken, daß erstens ja die Verordnungen nur während 10, bezw. 9½ Monat des Berichtsjahres in Kraft gewesen sind, daß ferner vom Erlaß eines neuen Strafgesetzes bis zu seiner normalen Auswirkung eine »Anlaufzeit«, entsprechend der durchschnittlichen Prozeßdauer, vergeht. Ein großer Teil der bereits 1933 eingeleiteten Strafverfahren wird erst in der Urteilsstatistik von 1934 und 1935 erscheinen. Die liegt, wie gesagt, noch nicht vor.

Nun hat aber das System in der Folgezeit neue Terrorgesetze erlassen, teils als Sondergesetze, teils als Abänderungen des allgemeinen Strafgesetzbuches. Ob die Anlaufzeit dieser Gesetze bereits abgelaufen ist, erscheint mindestens zweifelhaft. Sicher dagegen ist: Ihren Zweck, von oppositioneller Betätigung gegen das System abzuschrecken, haben die Gesetze trotz ihrer geradezu irrigen Strafordnungen nicht erfüllt. Die wachsende Opposition gegen das braune Regiment wirkt sich als eine Verlängerung der Anlaufzeit der Terrorgesetze aus: die Riesenzahl der Angeklagten in den einzelnen Prozessen bedingt — trotz aller Abkürzungsmethoden des beruflichen Schnellverfahrens — eine sehr lange Dauer der Prozesse.

So gehen z. B. die jetzt sich abrollenden Prozesse gegen die 624 Angeklagten von Wuppertal und gegen die 270 Angeklagten von Elmshorn auf Vorgänge noch aus dem Jahr 1934 zurück, der Zeitzer Massenprozeß auf Vorgänge von Anfang 1935. Die Justiz folgt also den Ereignissen in mehr als einjährigem Abstand. War 1935 noch das Jahr der Prozesse mit einigen Dutzenden Angeklagten, so ist 1936 zum Jahr der Prozesse mit Hunderten von Angeklagten im

gleichen Verfahren geworden. Außer den oben genannten Riesenprozessen erwähnen wir noch den Hamburger Hochverratsprozeß mit ca. 570 Angeklagten, den Prozeß um die Duisburger Brotfabrik »Germania« mit ungefähr 400 Angeklagten, den Dortmunder Prozeß gegen 54 Angeklagte usw. In einem dieser Prozesse, dem Wuppertaler, sind bereits mehr als eintausend Jahre an Freiheitsstrafen verhängt worden, dabei harret eine große Gruppe von Angeklagten noch des Urteils.

Die Ziffer von 50.000 politischen Strafgefangenen Ende 1935 stellt also schwerlich die zu erwartende Höchstzahl dar. Erst wenn die großen Massenprozesse von 1936 ihre Opfer an die Strafanstalten abliefern, wird die »Anlaufzeit« der Terrorjustiz vorüber und der Zustand einer grauenhaften Stabilität in der Belegschaft der Strafanstalten erklimmen sein.

Allerdings steht auch dahinter noch ein Fragezeichen. Man darf nämlich eins nicht vergessen: Dieser Anklage- und Verurteilungsquantität benötigte das System zu seiner Erhaltung in einer Zeit, in der, wie es selbst sich rühmt, die öffentliche Ordnung nirgends gestört war! Es brauchte diesen ungeheuren Aufwand an Strafen allein, um zu unterdrücken die Bildung oppositioneller Parteien, die Verbreitung regierungsfindlicher Schriften, sowie die spontane Äußerung von Unmut über das Mißregiment. Die 50.000 politischen Gefangenen des braunen Systems sitzen wegen Handlungen, für die in Frankreich oder England insgesamt nicht ein einziger Tag Gefängnis herauskäme!

Dieser Umstand macht es außerordentlich zweifelhaft, ob von einem Beharrungszustand in der Bestrafung politischer Handlungen im Dritten Reich, solange es existiert, überhaupt je die Rede sein kann. Jedenfalls nur, so weit ein Beharrungszustand des Großes und der Erbitterung über die barbarische Tyrannei eintreten könnte. Justinian.

Der Zeitungsraub

Vor etwa einem Jahr erließ der braune Pressediktator Amann jene Verordnungen, die den Besitz oder die Herausgabe von Zeitungen »regelt« und von der Abstammung oder Gesinnung abhängig macht. Dieses Revolvergesetz ist kürzlich auch für Zeitschriften ausgedehnt worden. Die »Basler National-Zeitung« berichtet, daß sich auf der Grundlage der Amannschen Dekrete eine »Phoenix-G. m. b. H.« gebildet habe, zu deren Gesellschaftern außer Amann »ein Kreis hochstehender Spitzen des Regimes gehören, die gleichzeitig Besitzer des Parteiverlags Eher und des Völkischen Beobachters sind«. Diese Gesellschaft hat während der letzten Monate nicht weniger als 265 gut rentierende deutsche Tageszeitungen in ihren Besitz gebracht. Der Kaufpreis betrage, von ganz wenig Fällen abgesehen, nie mehr als die Höhe des letzten Jahresgewinns und werde in monatlichen Raten abgetragen.

Dieser Bericht eines neutralen Blattes spricht eine grauenhafte Sprache. Eine deutsche Tageszeitung nach der anderen wird von der regierenden Clique geraubt. Wer die Zeitung, auf die diese Bande ihr Auge geworfen hat, nicht gutwillig für einen Pappentitel hergibt, hört den Revolver des Gesetzes knacken. Irgend einen Schutz, irgend eine Gegenwehr gibt es nicht, denn auch diese Gangster sitzen in den »allerhöchsten Kreisen«. So lässlich werden fortgesetzt jüdische Geschäfte »aufgekauft«, und nach der Olympiade wird die Räuberei noch offener werden.

In verschiedenen demokratischen Ländern fordern die Sozialisten eine Kontrolle und Rechenschaft über die Vermögen der Politiker und Verantwortlichen. In Deutschland sind die Erneuerer über Nacht mit Gangstermethoden zu Millionären geworden und wer nach dem Woher auch nur leise zu fragen wagt, fliegt in den Kerker. Grauenhafter, korrumpierender Anschauungsunterricht für die Generationen, die unter diesem Raubsystem heranwachsen. Aber jene werden Recht behalten, die da meinen, daß diese Zerstörung jedes Rechts, jeder sittlichen Auffassung, jeder Spur von Treue und Glauben in nicht zu ferner Zeit zum schwächsten Punkt, zum Gefahrenpunkt für das verbrecherische System werden muß.

Der Städtekongreß

Kommt der Delegierte von Manchester?

Im Zusammenhang mit den Beschlüssen der Londoner Lokalverwaltung und der amerikanischen Bürgermeister, den deutschen Städtetag nicht zu beschicken, beschäftigt sich der »Manchester Guardian« auch mit einem Beschluß des Gemeinderats von Manchester, der nach der entgegengesetzten Seite geht. Wie er mitteilt, ist dieser Beschluß nur auf die Weise zustande gekommen, daß der ihn betreffende Punkt der Tagesordnung am Schluß einer arbeitsreichen Sitzung mit dem übrigen Rest der Tagesordnung bei allgemeiner Unaufmerksamkeit in einem Aufwaschen erledigt wurde. Nach richtiger Würdigung und vor-

angegangener Debatte würde, so versichert das liberale Blatt, der Gemeinderat einen solchen Beschluß niemals gefaßt haben. Darum appelliert es an den gewählten Delegierten, Mr. Ackroyd, er möge als guter Demokrat den ihm erteilten Auftrag zurückgeben. »Vielleicht«, führt der »Manchester Guardian« fort, »reizt Mr. Ackroyd der Gedanke, er könnte den Deutschen etwas von der Heiligkeit der Freiheit in der Selbstverwaltung erzählen — aber eine solche Rede würde dann nur in Manchester zu lesen sein, nicht aber in der deutschen Presse, die nur druckt, was befohlen wird. Das deutsche Volk würde nichts anderes vernehmen, als daß dieser Nazikongreß, der die Vernichtung der deutschen Selbstverwaltung zur Schau stellt, die Billigung der öffentlichen Meinung Manchester gefunden hätte. Und das wäre höchst bedauerlich, zumal es eine Unwahrheit sein würde.«

Ihr Paradies

Am Grabe des Hitlerchauffeurs Schreck sagte SS-Führer Himmler:

»Wir wissen es, wir alle treffen uns an einem Ort, in einem Gedanken, in einem Kampf wieder, wo wir auch in den großen Weltall des Herrgotts sein mögen. Und so, wie wir kämpfen, dienst du droben in Walhall für deinen Führer, für die Bewegung und für Deutschland!«

Und wenn die tausend Jahre um sind, fememordet er aus Rache den Wotan.

Politik oder Lähmung?

Was wird aus den Sanktionen?

Die internationalen Rechtsfiktionen geraten in immer schreienderen Gegensatz zur Welt der Tatsachen. Es gibt einen Völkerbund — aber die wirkliche Politik vollzieht sich außerhalb des Völkerbundes und gegen ihn. Es gibt ein mit Garantien versehenes Statut des Völkerbundes — aber die freventliche Verletzung dieses Statuts ist völlig risikolos geworden — im kleinen wie im großen. Ob es die Zwergregierung des Danziger Senats ist, die die Anweisungen des Völkerbundes mit offenem Hohn sabotiert, oder ob es die Großmacht Italien ist, die zynisch den Grundsatz verkündet, daß das Statut nur für die Schafe gelte, aber nicht für die Wölfe — in jedem Falle hat sich der Völkerbund als völlig ohnmächtig und hilflos erwiesen. Aus seinem Sanktionsbeschuß gegen Italien ist das Gegenteil von dem geworden, was beabsichtigt war: eine Methode zur »Lokalisierung« eines Angriffskrieges, ein Mittel, um dem Angreifer den Rücken zu decken.

Diese Sanktionen, teils ungenügend, teils sabotiert, sind heute noch in Kraft. Sie werden voraussichtlich auch noch länger in Kraft bleiben. Wenn der Völkerbund seine bisherige Politik fortsetzt, werden sie überhaupt niemals aufgehoben werden. Man wird sich immer wieder vertagen und wird immer wieder neue Vorwände finden, um die Vertagung zu rechtfertigen, und schließlich werden die Sanktionen — noch formal in Kraft, aber schon verfault und von niemandem mehr beachtet — auf den großen Misthaufen der Geschichte geworfen werden, auf dem verschiedene andere Dinge schon lagern, die auch alle noch formal in Kraft sind: der Locarnovertrag, der Kelloggpackt, das Völkerbundsstatut.

Was soll aus den Sanktionen werden, was aus Abessinien? Was Abessinien anbetrifft, so ist dieser Fall schon einmal dagewesen. Mandschukuo ist fest in japanischen Händen. Das ist ein weltgeschichtliches Faktum, das unbestreitbar ist. Aber weder der Völkerbund noch England haben das Faktum de jure anerkannt. De jure kann auch Abessinien zehn Jahre lang oder noch länger für den Völkerbund ein selbstständiges Land bleiben, das im Völkerbund vertreten ist — aber an den realen Tatsachen wird dies nichts ändern. Und die Sanktionen werden schließlich, wirkungslos wie sie in ihrem heutigen Ausmaß sind, ein jederzeit greifbares Spektakelstück der faschistischen Propaganda werden.

Auf diese Weise wird der Völkerbund von einer zukunftsreichen Institution herabgewürdigt zu einem traurigen Ueberbleibsel einer verfehlten Politik, zum Hauptstück jener Rechtsfiktionen, die niemand mehr ernst nimmt, obwohl sie immer noch in der Luft herumgeistern. Dieser Gegensatz zwischen Wirklichkeit und Rechtsfiktionen ist gefährlich an sich, er ist um so gefährlicher, wenn er nicht erkannt oder künstlich verschleiert wird. Dann werden die, die nur an der Stützung der Rechtsfiktionen arbeiten, ohne ihnen wirkliches Leben zu geben, zu hilflosen Zuschauern ohne Politik, die sich hinterher den Kopf zerbrechen können, wie die Neuverteilung der Welt durch den neuen Imperialismus mit ihren ideologischen Prinzipien zu vereinbaren ist.

Man setzt Hoffnungen auf eine Neubelebung der antifaschistischen Politik durch den Regierungswechsel in Frankreich. Sollten diese Hoffnungen berechtigt sein, so müßte sich im Völkerbund alles radikal ändern. Man müßte sich klar dar-

Die Internationale zur weltpolitischen Lage

Resolution der Exekutive der SAI

Über werden, daß man eindeutig wählen muß zwischen zwei Haltungen dem Faschismus gegenüber: entweder Kampf oder gewähren lassen. Aber den Schein des Kampfes ideologisch zu werden, um damit die Tatsache des Gewährenlassens zu verbergen, das ist keine Politik, sondern nur eine Kapitulation. Das ist die Sünde, die der Völkerbund auf sich geladen hat mit dem Erfolg, daß sein Ansehen und sein Prestige vollständig verspielt ist.

Solche Sünden brauchen sich nicht sofort in außenpolitischen Katastrophen zu rächen — sie rächen sich meistens zunächst im Innern der Staaten! Wenn die Völker erst hinter die Hohlheit der Rechtsfiktionen kommen, dann haben die Demagogen des Krieges leichtes Spiel! Welche Kraft hat nicht Hitler aus dem Scheitern der Abrüstungskonferenz, aus dem Spiel mit dem Begriff der Gleichberechtigung gezogen! Welche Kraft wird seine Agitation aus einem völligen Verfaulen des Völkerbundes ziehen, wenn dieser statt eine Politik zu haben, von Vertragung zu Vertragung weiterschreitet! Wie leicht ist es den faschistischen Demagogen dann, darauf zu pochen, daß bei ihnen die harten Tatsachen sind, auf der anderen Seite aber nur rechtliche Fiktionen ohne Kraft, die, weil sie kraftlos sind, Lügen sind.

Schon hat die Leitung der braunen Propaganda die Parole ausgegeben, für die Vertragung der Sanktionsfrage im Völkerbund zu agitieren — denn Vertragung heißt Entschlußlosigkeit, heißt freie Hand für die Faschisten, heißt zunehmende Verwirrung im Innern der demokratischen Völker, heißt Zeitgewinn für die Vorbereitung des Krieges, heißt psychologische Entwaffnung der möglichen Gegner eines braunen Angriffskrieges. Denn das Recht und das Rechtsbewußtsein der Völker wird eine furchtbare Waffe sein bei einem künftigen Kriege demokratischer gegen faschistische Mächte. Wenn aber erst einmal der Glaube an das Recht durch die Regierenden der demokratischen Völker selbst zerbrochen wird, wenn an die Stelle von Rechtstatsachen sorgfältig konservierte Rechtsfiktionen gesetzt werden, dann wird die Mobilmachung der moralischen Kräfte gegen den Angreifer nicht mehr möglich sein.

Entweder entschließt sich der Völkerbund zu einer Politik — oder er wird nichts anderes sein als der Ausdruck der völligen Lähmung gegenüber der Kriegsvorbereitung, die der Faschismus aller Richtungen mit großem Lärm im Angesicht der ganzen Welt betreibt.

Die belgischen Wahlen

Die Parlamentswahlen in Belgien haben die Regierung der Koalition aus Sozialdemokraten, Katholiken und Liberalen nicht erschüttert. Nach wie vor besitzt diese Koalition, die die Devaluation durchgeführt hat und am Versuch arbeitet, die Wirtschaft planmäßig zu ordnen, eine sehr große Mehrheit. Innerhalb dieser Koalition hat sich jedoch eine wichtige Verschiebung gezeigt. Die Sozialdemokraten sind — obwohl sie drei Mandate eingebüßt haben — zur stärksten Partei geworden, während Katholiken und Liberale verloren haben. Dem Verlust der drei sozialdemokratischen Mandate steht ein Gewinn von sechs Mandaten durch die Kommunisten gegenüber, so daß die Arbeiterparteien insgesamt verstärkt aus der Wahl hervorgehen.

Im bürgerlichen Lager jedoch hat sich eine starke Partei mit faschistischem Einschlag, die sogenannten »Rexisten« herausgebildet. Es handelt sich um eine Spielart des katholischen Faschismus. Der unerwartet große Erfolg dieser »Rexisten« hat in der gleichgeschalteten Presse in Deutschland gewisse Hoffnungen erweckt und wird dort entsprechend ausgeschlachtet.

Die belgischen Sozialisten werden diese Faschisten unerbittlich bekämpfen. Sie sind eine Warnung für sie: sind doch während des Wahlkampfes zwei sozialdemokratische Propagandisten von Rexisten ermordet worden.

Da die Sozialdemokratie die stärkste Partei ist, wird Vandervelde mit der Regierungsbildung beauftragt werden. In Frankreich wie in Belgien werden also führende Sozialdemokraten an der Spitze der Regierungen auf der Wacht gegen den Faschismus stehen.

Die SAI erinnert daran, daß sie von jeher und mit stets steigendem Nachdruck die konsequente und mutige Anwendung des Völkerbundes gegen jene, die Krieg führen, oder Krieg zu führen drohen, gefordert hat. Die schwächliche, von kurzzeitigen Sonderinteressen bestimmte Politik der Regierungen gegenüber dem japanischen Imperialismus, dem faschistischen Angriff auf Abessinien und der Hitlerprovokation am Rhein hat zu neuen Erfolgen der Vertragsbrecher geführt und die Kriegsgefahren gesteigert.

Das faschistische Italien hat durch Giftgas, durch die Einschichtung der Zivilbevölkerung, durch den vorsätzlichen Bombenabwurf auf offene Städte und Rote-Kreuz-Stationen den Völkerbund herausgefordert, das Volk Abessinien niedergeworfen und schließlich, die Weltöffentlichkeit herausfordernd, die Annexion Abessinien proklamiert.

Wieder hat sich erwiesen, daß der Frieden nur durch die entschlossene Anwendung des Völkerbundes gerettet werden kann. Die SAI lehnt daher jede Kapitulation vor vertragswidrig geschaffenen Tatsachen ab.

Es gilt zu verhindern, daß das faschistische Italien die Früchte seines brutalen und feigen Angriffs ernte. Die Sanktionen müssen aufrecht erhalten werden bis die Autorität des Völkerbundes wieder hergestellt ist.

Die Sicherung des Friedens gestattet keine Abschwächung, sondern fordert die Verstärkung der Politik der kollektiven Sicherheit. Dies bedingt die Zusammenfassung der Kräfte aller dem Krieg feindlichen Staaten, insbesondere die weitgehende Koordination der Politik Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion zur Verhinderung aller Angriffshandlungen der Vertragsverletzungen, die den Frieden in irgend einem Teil Europas gefährden können. Diese Koordination muß zum starken Kräftezentrum aller Staaten, die entschlossen sind, den Frieden aufrecht zu halten und zu verteidigen, innerhalb des Völkerbundes werden.

Eine Friedenspolitik ist aber nur dann gewährleistet, wenn dahinter die unwiderstehliche Kraft einer umfassenden Volksbewegung steht. Die Eroberung des Friedens erfordert die unablässige Wachsamkeit und die angespannte Energie der breiten Volksmassen. Auch diejenigen, die sich heute noch weniger bedroht glauben, müssen einsehen, daß der Krieg für alle Völker ohne Ausnahme zur Katastrophe werden muß und der Friede nur gerettet werden kann, wenn alle Nationen das gemeinsame Interesse über ihre Sonderinteressen stellen.

Göring kauft Schuhe

Als Göring das letzte Mal Budapest besuchte, brauchte er aus irgend einem Grunde irgend ein Paar Maßschuhe. Diese nicht gerade aufregende Angelegenheit ist für einen Nazi in Budapest insofern etwas peinlich, als er fast gezwungen ist, diesen Einkauf bei einem Juden zu tätigen. Die Juden beherrschen in Budapest Handwerk und Handel, bilden sie doch 22 Prozent der Stadtbevölkerung. So kaufte auch Göring bei einem Juden.

Herr Göring fühlte sich in den jüdischen Schuhen so wohl, daß er als preußischer Ministerpräsident gnädig ruhte, dem jüdischen Handwerker in einem amtlichen Schreiben seine Anerkennung auszusprechen. Dieses Schreiben wird von dem Budapester Schuhmacher mit Stolz herumgezeigt, ein Beweis, daß dieser Handwerker zwar ein guter Schuster, aber ein ganz erbärmlicher Wicht ist. Diese charakterlose Eitelkeit führt jedoch dazu, daß man einen dokumentarischen Nachweis erhält, wie die heutigen Machthaber amtliche und persönliche Angelegenheiten verwickeln, Unsauberkeit und Korruption, Eigennutz und persönliche Bereicherung in die deutsche Staatsführung eingedrungen sind.

Der Herr preußische Ministerpräsident dankt nämlich nicht nur dem jüdischen Schuster, sondern tätigt eine sehr erhebliche Nachbestellung. Gleichzeitig teilt er mit, daß die Schuhe bei der Deutschen Gesandtschaft in Budapest abzuliefern sind, wo auch die Bezahlung der Rechnung vorgenommen werden würde.

An Verstößen ist festzustellen: Für eine Privatangelegenheit des Herrn Göring werden in Tätigkeit gesetzt: ein Ministerialrat, der das Schreiben ausfertigt und unterschrieben hat, die Kanzlei des Ministerpräsidenten und mehrere Beamte der

Die SAI, ihrer Pflicht bewußt und in Erkenntnis des Ernstes der Situation, ruft die Arbeiter, die Volksmassen, die Frauen, die Jugend, alle Menschen guten Willens in der ganzen Welt zu einer moralischen und politischen Offensive gegen Faschismus und Krieg, für Frieden und Freiheit auf.

Die Tagungen der SAI

In Brüssel tagte vom 16. bis 18. Mai 1936 unter dem Vorsitz von de Brouckère die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

Die Exekutive widmete den ersten Tag ihrer Beratungen mit einer Nachtsitzung vollständig der Behandlung ihres ersten Tagesordnungspunktes: »Die internationale Lage, der Krieg in Abessinien, die Kriegsprovokationen Hitler-Deutschlands und Japans«. Nach Abschluß der umfangreichen Diskussion wurde eine Kommission eingesetzt, der Gillies (Großbritannien), Hilferding (Deutschland), Longuet (Frankreich), Lundberg (Schweden) und Nenni (Italien) angehörten. Der von ihnen ausgearbeitete Resolutionsentwurf wurde von der Exekutive in ihrer Sitzung vom 18. Mai nach kurzer Debatte angenommen.

Sehr eingehend beschäftigte sich die Exekutive auf Grund eines vom Sekretariat ausgearbeiteten Berichtes mit den Problemen des Boykotts gegen faschistische Staaten, insbesondere des Boykotts gegen internationale Veranstaltungen in faschistischen Staaten. Vor Eingang in die Debatte gab der Generalsekretär des Internationalen Städtebundes, Genosse Vinck (Belgien), der als Gast anwesend war, eine Darstellung der Tätigkeit und Geschichte der von ihm vertretenen Organisation, sowie der Vorgeschichte des nächsten Kongresses, dessen Einberufung nach Berlin schon im Jahre 1932 beschlossen worden war. Die von der Exekutive angenommene Resolution lautet:

»Die Sozialistische Arbeiter-Internationale und der Internationale Gewerkschaftsbund haben sich bereits in der gemeinsamen Sitzung ihrer Vorstände am 19. Mai 1933 in Paris für die Förderung und Fortsetzung des in spontaner Weise bei allen zivilisierten Völkern in Erscheinung getretenen »direkten moralischen und materiellen Boykotts« gegen den Terror und die beispiellose Barbarei der Hitlerregierung ausgesprochen.

Der Weltboykott gegen die Barbarei des Naziregimes hat jedoch viele Lücken.

Wichtige wirtschaftliche und politische Motive haben bei den verschiedensten Gelegenheiten Staaten und Organisationen aller Arten gezwungen, im Hinblick auf ihre eigenen Interessen den Boykott gegen Nazideutschland

Deutschen Gesandtschaft. Die Bestellung im Ausland wird ohne die notwendigen Bewilligungen vorgenommen, die ein anderer Sterblicher beantragen muß, will er auch nur die kleinste Bestellung im Ausland erteilen. Eine Auslandsschuld wird durch Beamte der Deutschen Gesandtschaft bezahlt, ein ganz klarer Verstoß gegen die deutschen Devisengesetze und die Zahlungsvereinbarungen zwischen Deutschland und Ungarn. Und endlich: das Kuriergepäck der Deutschen Gesandtschaft in Budapest wird für Privatgeschäfte eines deutschen Beamten benutzt, ein ganz klarer Verstoß gegen die internationalen Vereinbarungen.

Ein kleines, aber ein typisches Beispiel, ein ernster Fall, der prinzipiell so ernst ist, daß man die Verstöße gegen den nazistischen Raasen-, Blut- und Bodensinn ganz unerwähnt lassen kann. Mit zynischer und bodenloser Dreistigkeit vollzieht sich ein derartiger Korruptionsfall fast öffentlich, halb Budapest kennt den Fall und hat das Schreiben des Herrn Göring gelesen. Eines Tages wird aber auch das deutsche Volk diese Tatsachen erfahren und dann werden diese Sohlen unter den Füßen des Herrn preußischen Ministerpräsidenten zu brennen anfangen.

Geschlagene von gestern — Sieger von heute

Am 24. Mai marschierten 500.000 Pariser unter Führung Léon Blums, des kommenden Ministerpräsidenten, an den Gräbern der erschossenen Kommunisten auf. Am Morgen desselben Tages schrieb Léon Blum im »Populaire«:

»Die Erinnerung an die Toten der Kommune ist ein Ausdruck lebendiger Hoffnungen der Menschen von heute. Sie sind gestorben für die Freiheit. Sie sind gestorben für die

zu unterlassen oder wenigstens stellenweise zu durchbrechen.

Aber auch der moralische Boykott Nazideutschlands konnte nicht lückenlos durchgeführt werden. Immer wieder gelingt es dem Hitlerregime die politische Indolenz der Umwelt für seine Zwecke auszubeuten. Immer wieder lassen sich hochkulturelle internationale Vereinigungen von den obersten Chefs der Nazi bewillkommen und bewirten. Immer wieder drücken prominente Vertreter europäischer Zivilisation höflichst die Hände der faschistischen Häuptlinge.

Aber trotz all ihrer Gebrechen hat die Boykottbewegung zur Bekämpfung des Hitlerismus beigetragen und muß daher je nach den vorhandenen Möglichkeiten mit Energie durchgeführt werden.

Die Exekutive der SAI begrüßt daher die Boykottierung der Olympiade in Deutschland durch die Sozialistische Sport-Internationale, die Boykottierung des Kongresses für Freizeitgestaltung in Hamburg durch den IGB und fordert alle Sozialisten zur Boykottierung des Kongresses des Internationalen Städtebundes in Berlin und München auf.

Die französische Sektion der SAI hatte den Antrag gestellt »die Frage der Einheitsaktion im internationalen Maßstab« auf die Tagesordnung zu stellen. In ihrem Namen leitete Zyromski die Verhandlungen durch einen eingehenden Bericht über die Lage in Frankreich ein. An der umfangreichen Debatte nahmen unter anderem in teils sehr ausführlichen Darlegungen teil: de Brouckère, Devigne (Belgien), Stivin und Jaksch (Tschechoslowakei), ein österreichischer Delegierter, Dallas und Gillies (Großbritannien), Lundberg (Schweiz), Modigliani (Italien), Bracke und Grumbach (Frankreich), Abramowitsch und Suchomlin (Rußland), Erlich (»Bunde, Polen), Sassouni (Armenien), Gwardjaladzé (Georgien), sowie der Sekretär Adler.

Am 14. Mai 1936 hielt die Kommission zum Studium der Stellung der der SAI angeschlossenen Parteien im Kriegsfall zwei Sitzungen ab, in denen über die von sechs Parteien eingesandten Memoranden und einen zusammenfassenden Bericht des Sekretärs der SAI eine eingehende Debatte stattfand, die in einer späteren Tagung fortgesetzt werden wird.

Am 17. Mai 1936 fand eine Sitzung der Kommission zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen statt, über die in den »Mitteilungen« dieser Kommission ein Bericht erscheinen wird.

soziale Gerechtigkeit. Sie sind gestorben für all das, was die Volksfront in sich verkörpert. Die heldenmütigen Barrikadenkämpfer haben mit ihrem Blut für die Demokratie gezahlt. Eine barbarische Unterdrückung hat sie dezimiert. Wer der Erschießung an Ort und Stelle oder den methodischen Flüssladungen von Satory entging, nahm seinen Weg ins Bagno, ins Exil! Man glaubte, wir wären geschlagen, ausgerottet für ewige Zeiten. Aber diese Besiegten waren dennoch — die Sieger!«

Eine bekannte Melodie

Die »Preußische Zeitung« wendet sich mit guten Ratschlägen an die Hausfrauen:

»Wie oft hört man das große Rätselraten: »Was gebe und koche ich morgen? Wie kann ich Abwechslung in die Kost meiner Familie bringen?«

Am deutschen Markt ist nun zur Zeit reichlich verbilligte Marmelade zu bekommen. Und sie gerade ist geeignet, den Appetit anzuregen. Sei es zum Morgenkaffee und Nachmittagskaffee, oder für den Sonntagstisch ihre Verwendung im Gebäck. Sie führt unserem Körper Vitamine in reichlichem Maße zu und bildet eine vorzügliche, leicht verdauliche Kost. Ihre Bestandteile bestehen restlos aus deutschem Obst. Und wer ist das nicht gern?«

1914 hatte es die deutsche Presse schwerer. Diesmal braucht sie sich gar nicht erst umzustellen, wenn ein Krieg kommt.

Deutschland heute

Ein Gastwirt sieht, wie zwei seiner Gäste im Hintergrund der Kneipe eifrig eine flüsternde Unterhaltung miteinander führen. Er macht seine Frau auf die beiden aufmerksam und meint: »Da hinten sind wieder zwei am Tuscheln, später werden sie dafür brummene.«

Der Zeitungsstand

Man schreibt uns:

Wer Zeitungen — Nachrichten in des Wortes sprachgeschichtlicher Bedeutung (böse Zeitung, gute Zeitung, was bringt du für Zeitung?) wer, sage ich, so etwas am deutschen Zeitungsstand zu finden erwartet, wird enttäuscht. Angenehm oder unangenehm — je nach Veranlagung. Der Zeitungsstand ist ein Raritätenkabinett, ein Bauernmuseum. Was früher auch zu haben war, was am Rande ein bescheidenes Dasein führte, Mode, Sport, Spiel, Jagd, das ist heute die Hauptsache. Es ist, alles andere überwuchernd, ins Gigantische gewachsen; und, vor allem, es hat seltsam bunte, abseitige Blüten getrieben. Zwei, drei Exemplare von Hutlers astrologischer Wochenschrift »Das neue Deutschland«, »Der Runenforscher«, »Die Drehscheibe«, »Das schwarze Korps«, »Die braune Post«, aber auch »Rennsport«, »Rennwoche«, »L'Autocycle«, »Herr und Hund«, »Die Jägerzeitung«, derlei Spezialitäten nehmen drei von vier Viertelmeter des Standes ein. Den »Stürmer« rechne ich dabei nicht mit. Der füllt jeden Zwischenraum zwischen zwei Spalten und liegt in allen 4 Quadratmetern, wie die Strümpfe zwischen allen anderen Dingen im Koffer. Neulich habe ich an einem Stande 7 »Stürmer« an verschiedenen Stellen im Aushang gefunden. »Der Judenkenner« ist bescheidener und begnügt sich mit ein und zwei Aushangstellen.

Wenn man sich früh, eilends vor Abgang der Straßenbahn aus den Überschriften informieren wollte, würde man etwa folgendes Weltbild an die Arbeitsstelle mitnehmen: »Theoderich von den Freimaurern ermordet«, »Stier oder Jungfrau — Stalin oder Hitler — die Schicksalswende im Osten«, »Sally Ohrenbaum verdrückt deutsche Knaben«, »Die Handschrift Churchills ist sein Schicksal«, »Deutsche Mädchen lernen kochen«, »Deutsche Arbeiter kreuzen auf eigenen Schiffen den Ozean«, »Schiller von den Freimaurern ermordet«, Trenkner als Bergsteiger, Trenkner als Bergsteiger, Trenkner als Bergsteiger, der Gute hängt mit sonnenverbranntem, trutzig lächelndem Gesicht siebenmal nebeneinander, zeugend für die Güte und den Reiz der Hamburger oder Kölnischen Illustrierten und füllt die Lücken, die das Innenministerium durch Verbot in den Stand gerissen hat. 10- bis 12mal überreichen drei weißgekleidete Jungmädchen dem Führer ein Jellinger-Jelliber-Sträuschen und er tätschelt ihnen die Wangen.

In einer Ecke führen die Tagesszeitungen ein bescheidenes Dasein. »Völkischer Beobachter«, »Angriff«, Frankfurter, DAZ, zwei, drei Lokalblätter, schrumm — lies irgend eines, wurst welches. Einen Zeitungsstand, so wie europäische Völker ihn kennen, gibts nur am Bahnhof. — Was Wunder, daß der Zeitungsstand Zigarettens, Bonbons und Heftpflaster verkauft und daß er politisch verdächtig ist. Er ist entweder der politischen Polizei suspekt, weil er in seiner Armut und Mißmut die kaufende Kundschaft aufwühlen könnte; oder die Kundschaft argwöhnt, daß er sie bespitzelt. Oder er ist beiden verdächtig. Damit wieder ist nicht gesagt, daß er die eine oder andere Note nicht stärker in sich anschlägt, während er beides — das Murren und Bespitzeln wie den Zigarettensverkauf als Hilfs- und Nebengeschäft betreibt. Jedenfalls umgibt ihn eine Aura von Brechung und Widerstand, nicht durch die bedruckten Blätter, die er verkauft, sondern wegen deren, die er nicht verkauft.

Das nennt sich Hochverrat

Die deutsche Justizpressestelle berichtet über die Verurteilung von 71 Angeklagten in Bonn, die wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« vor Gericht standen. Alle Angeklagten erhielten Freiheitsstrafen, 48 von ihnen Zuchthaus und zwar bis zu acht Jahren. An die Mitteilung des barbarischen Strafregisters hängt die Justizpressestelle das wehleidige Kommentar:

»Da schon der bloße Ankauf hochverräterischer Druckschriften eine mit Zuchthaus bedrohte Straftat ist, kann vor dem Ankauf derartiger Schriften nicht dringend genug gewarnt werden.«

Hier erfährt man einmal authentisch, was im Dritten Reich unter »Hochverrat« verstanden wird. Es wird mit dem Hochverratsbegriff etwa derselbe skandalöse Unfug getrieben, wie mit dem »scrimen laesse majestatis« zu Caligula und Nero Zeiten. In allen Kulturländern verstand man bisher unter Hochverrat eine auf den Sturz der Regierung abzielende Handlung. Daß aber bereits das Kaufen einer verbotenen Druckschrift Hochverrat sein könnte, um das herauszufinden, war es erst nötig, Verbrecher mit der Abfassung von Gesetzen zu be-

Deutsche Streiflichter

Eigennutz vor Gemeinnutz

Im Rheinland ist trotz der mit Begeisterung aufgenommenen Remilitarisierung die Stimmung schlecht. Auch Truppenaufmärsche und Militärkonzerte täuschen nur sehr kurzfristig über die Haushaltsorgen der Arbeiter hinweg. Infolgedessen hat der rheinische Treuhänder der Arbeit Pp. Bürger beschlossene, die Ventile innerpolitischer Demagogie ein wenig zu öffnen. Er hat in einer öffentlichen Kundgebung beklagt, »daß eine ganz erhebliche Anzahl von Gefolgschaftsmitgliedern in den verschiedenen Betrieben unter Tarif entlohnt wird.« Zu dieser Erkenntnis ist Herr Bürger gekommen, weil er nun schon wiederholt in Betriebsversammlungen vor gähnend leeren Räumen gestanden hat und ihm seine Betriebszellenobleute recht deutlich über den Mangel an Begeisterung bei den Arbeitern berichtet haben. So hat er denn auch die Nazipresse seines Bezirks angewiesen, die Arbeiter fühlen zu lassen, daß etwas für sie geschieht. Infolgedessen best man plötzlich, daß zwar die Einkommen vieler Unternehmer infolge der Staatskonjunktur, nicht aber die Arbeiterlöhne gestiegen seien. In einem dieser Aufsätze versteigt sich der »Westdeutsche Beobachter« vom 18. Mai sogar zu der Drohung: »Ein Betriebsführer, der trotz guter Rentabilität des Betriebes seine Gefolgschaft um einen Teil der ihr zustehenden Mindestlöhne wesentlich betrügt, indem er unartiglich bezahlt, ist ein Verbrechen an der Volksgemeinschaft, dem man unseres Erachtens die Eigenschaft, Betriebsführer zu sein überhaupt absprechen sollte.« Auch Bürger selbst droht in seinem Erlaß mit dem sozialen Ehrengericht.

Bedeutet das nun eigentlich eine Gefahr für das Unternehmertum? Im Jahre 1935 standen nach der amtlichen Statistik 204 Verfahren im ganzen Reiche vor den sozialen Ehrengerichten an. In 34 Fällen wurde der Strafantrag fallen gelassen. Nur in 123 Fällen kam es zu einem rechtskräftigen Urteil. In 34 Fällen wurde ein Verweis oder eine Warnung erteilt. In 8 Fällen erfolgte Freispruch. In 76 Fällen wurde eine Geldstrafe verhängt, und zwar meist von lächerlichen Beträgen bis unter 100 Reichsmark. Nur in vier Fällen erreichte die Strafe 1000 Reichsmark und darüber. In ganzen 9 (neun) Fällen wurde auf die Aberkennung der Befähigung, Führer des Betriebes zu sein, erkannt. Ein Unternehmen von bedeutender Größe kann nicht darunter gewesen sein, denn sonst würde

das Urteil gewiß Aufsehen erregt haben. Die Drohung mit dem sozialen Ehrengericht bedeutet für das Unternehmertum, zumal für das gewaltige der Rüstungsindustrie, rein gar nichts. Die Unternehmer laufen etwa eben so viel Gefahr, vom Blitz erschlagen zu werden, als ihre Betriebsführung zu verlieren. Wenn nach den parteiamtlichen Eingeständnissen mitten in einer Rüstungskonjunktur größten Ausmaßes die Arbeiter ihre Löhne nicht einmal halten können, sondern sie durch Rüstungsgewinnler gedrückt sehen, so ist das ein vernichtendes Urteil über Hitlers Phrasensozialismus. Die Zerstörung der Arbeitersolidarität hat nicht dazu geführt, daß Gemeinnutz über Eigennutz geht, sondern daß der kapitalistische Eigennutz über die Arbeitermassen triumphiert, die durch die Zerschlagung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften wehrlos gemacht sind.

Kleiner Unfall

Einige Wochen nach der »Wahl« hat Julius Streicher rührende Briefe von armen und ärmsten Volksgenossen veröffentlichen lassen, die sie ihm als Begleitschreiben zu Opfern für den »Wahlkampf« übersandt haben. Von ungelinkter Frauenhand soll folgende Epistel eingegangen sein:

»Lieber Frankenführer! Anbei möchte ich auch ein kleines Schärfelein für die Wahl belegen. Es ist ja herzlich wenig, aber ich habe acht Kinder und mein Mann ist schon 7 Jahre arbeitslos. Ich habe die Mark von meinem letzten Stillsold aufgehoben, falls ich für mein Kleines mal was Dringendes brauche. Es ist ja für unsern lieben Führer und unser herrliches Vaterland. Da würde es mir weh tun, wenn ich ganz mit leeren Händen dastehen würde. — L. Sch.«

Uns scheint dieser Brief ein ganz raffinierter und gelungener Schlag gegen die Schwindelpropaganda der Nazis mit ihrer arbeitlosen-Statistik zu sein. Das Oberhaupt einer Familie von 10 Köpfen ist seit sieben Jahren arbeitslos! Weder der liebe Führer noch das herrliche Vaterland haben sich des Mannes bisher erinnert. Nun hat es sich seine Frau die letzte Mark, die für den Säugling bestimmt war, kosten lassen, um der Welt mitzuteilen, wie es mit der deutschen Blut- und Schicksalsgemeinschaft und der Arbeit für alle steht. Daß Streicher und seine Presse diese furchtbare Anklage ahnungslos veröffentlichten, zeugt für die hohe Eitelkeit der Herren, aber gegen ihr soziales Empfinden.

Vorsicht im Urteil!

Im Dritten Reich ist man nicht nur gegen Verleumdung wehrlos, sondern auch gegen

Lob durch den Staat und seine Kreaturen, und das ist unter Umständen noch ehrenkränkender als die Ehrabschneidung. Wir kennen einen tief in Boden und Blut verwurzelten deutschen Künstler, der trotzdem nicht auf »Blub« schwört und nie mit dem Dritten Reich sich ausöhnen wird. Es ist ausgeschlossen, daß er einer Nazizeitung je einen Beitrag anbietet, aber wir begegnen seinen Arbeiten in der Hitlerpresse immer wieder. Befragt, erklärte er seinen und unseren Freunden, daß er diese Nachdrucke nicht verhindern könne. Nie sei er um Erlaubnis gefragt worden, und Honorar habe er auch noch nie erhalten. Wenn es doch je kommen sollte, werde er es würdig zu verwenden wissen. Er ließ uns durch seine und unsere Freunde sagen, wie ihm — so ergehe es manchem deutschen und darum antihitlerischen Künstler und Schriftsteller. Man finde nicht nur Romane, Erzählungen, Gedichte, Bilder in Zeitungen, mit denen man geistig nichts zu tun habe, sondern wache eines Tages auf und finde sich mit Photo und Lebenslauf als einen Kulturträger des Dritten Reichs in der Parteipresse geschildert. Dagegen sei man machtlos, wenn man nicht emigrieren wolle, was ganz und gar unpolitischen und beschaulichen Naturen schwer falle. Wissenschaftlern, so wurde uns an mehreren Beispielen nachgewiesen, gehe es nicht anders. Eine Entdeckung fernab aller Politik werde als eine nationalsozialistische Großtat gerühmt, auch wenn der Mann des Verdienstes nie den bescheidensten Anlaß zu der Annahme gegeben habe, daß er mit dem jetzigen System irgend etwas gemein haben wolle. Gelehrte, die nur ihren Hörsälen, ihren Kliniken, ihren Studierstuben lebten, fänden sich gelegentlich eines Berufsjubiläums oder irgendeines — zigsten Geburtstages plötzlich in der Parteipresse als Säulen nationalsozialistischer Wissenschaft gefeiert, empfangen Besuche und Telegramme nationalsozialistischer Würdenträger und könnten nicht anders, als sich diese unerbetenen Ehrungen stillschweigend gefallen lassen, wenn sie nicht den Beruf zum Märtyrer in sich fühlten. Auch sei der Anlaß wirklich nicht geeignet, sich offen als »Staatsfeinde« zu bekennen, wenn man nie politisch in die Öffentlichkeit getreten sei.

Man wird diese verbürgten Fälle wohl nicht verallgemeinern dürfen, aber zu einer gewissen Vorsicht im Urteil über den und jenen können sie uns doch wohl veranlassen.

Hannes Wink.

trauen, die dann nach ihrem famosen Grundsatz handelten: Recht ist, was uns nützt! Unrecht, was uns schadet... M.

Weltbild braun in braun

Ein brauner Journalist, der mit einem neuen Frachtschiff der Hugo-Stinnes-Reederei nach New York reiste, hatte das Pech, den 1. Mai in Belgien zu verleben. Dort wurde der brave Parteizeitungsschreiber unfreiwilliger Zeuge der sozialistischen Aufmärsche — und geriet in nicht geringe Verlegenheit. Vielleicht ist es verboten, sich so etwas auch nur von ferne zu betrachten? Nun, er sandte der deutschen Presse, um sich für jeden Fall reinzuwaschen, einen Bericht, wie er nach Göbbels' Ansicht in solchen Fällen sein soll, einen Bericht, in dem alle Sozialisten jüdisch aussehen, alle Kommunisten betrunken sind und die Freiheitslieder nicht gesungen, sondern gegröhlt werden. So machte er das:

»In der Stadt wird es lebhafter. Nun haben sich schon die »Großen« gesammelt. Männer mit rotem Schilps, Frauen mit Kindern auf dem Arm und an der Hand. Eine Kolonne marschiert heran. Ich traue meinen Ohren nicht: die Kapelle spielt auf Saxophonen einen kitschigen Schlager. Ein gemütlicher Verein. Ueber ihren Köpfen leuchten riesige Transparente! »Nieder mit dem Faschismus!« Kein Wunder, wenn man näher die erste Reihe betrachtet, wo die »Führer« marschieren. Die Nasen verraten sie in jedem Land... Unterwegs treffe ich eine Jugendgruppe, Jungen und Mädchen mit blauen Hemden und roten Schleifen. Vor ihnen weht eine rote Fahne. Disziplinlos torkeln sie einher und gröhlen ein Lied, dessen Melodie mir bekannt ist. Den Text verstehe ich nicht, nur das Wort »Internationales«, das in jedem Satz wiederkehrt... Der große Demonstrationzug der Roten hat sich aufgelöst. Dort eine betrunkene Gruppe von Kommunisten. Der Fahnenträger wankt. Jetzt torkeln sie in eine Taverne und stellen das rote Tuch in eine Ecke.«

Die deutschen Arbeiterleser werden bei der Lektüre schmunzelnd festgestellt haben: der braune Schmierfink hat sich kräftig geärgert, also waren die Aufmärsche groß und ein-

drucksvoll, der braune Schmierfink knurrt wie ein Kettenhund, also tragen die Genossen draußen gläubig und unverzagt ihre Fahne durch die Straßen, ihre Fahne, die eines Tages auch wieder in Deutschland wehen wird. — Die braune Presse täte besser daran, sich jeden Berichts über den 1. Mai außerhalb der deutschen Gefängnismauern zu enthalten. Die deutschen Arbeiter haben viele sozialistische Aufmärsche im In- und Ausland miterlebt, sie glauben weder an das Getorkel, noch an das Gegröhle, noch an die Betrunkeneit. Je plumper die nationalsozialistischen Schreiber lügen, desto sicherer erreichen sie das Gegenteil dessen, was sie beabsichtigen.

„Abschaum u. Sumpfbüthen“ im Hitlerdeutschum

Der Bruderkampf innerhalb des gleichgeschalteten Deutschtums in Ostoberschlesien um das Vorrecht in der Führung im hundertprozentigen Nazismus, hat jetzt selbst zum Entsetzen des polnischen Lagers bedeutsame Enthüllungen zeitigt. Während die polnischen Behörden auf Anordnung des Innenministeriums der Jungdeutschen Partei die Demonstration mit dem Hakenkreuz in jeder Form verbieten, sei es auf Fahnen oder Armbinden, Bannern und Kranzschleifen sowie das Tragen von Uniformen, setzt diese Partei des Senators Wieners ihren Kampf um die Eroberung der sogenannten Systemdeutschen im Volksbund fort und beschuldigt dessen Leitung, daß die Volkstumsarbeit einen solchen Bankrott erlitten habe, daß man nach 15 Jahren nicht weiß, wer eigentlich Deutscher ist.

Diese Angriffe gegen den Volksbund beantwortet jetzt dessen Geschäftsführer Ulitz auf der Generalversammlung des Volksbundes in Myslowitz, daß sich die Mitglieder der Jungdeutschen Partei aus dem Abschaum von Elementen zusammensetzen, die kaum zum Deutschtum gezählt werden können. Die Partei wäre mit »Sumpfbüthen« durch-

setzt, was schon aus der Führung hervorgehe, da der Chefredakteur des jungdeutschen »Aufbruch«, der Landespropagandaleiter Dr. Walter Güntzel, einer nationaldemokratischen polnischen Studentenverbindung angehört habe und der verantwortliche Redakteur des »Aufbruch«, ein gewisser Kostorz, seinerzeit aus dem »Volksbunde« ausgeschlossen werden mußte, weil er zugleich Mitglied der polnischen Sokolorganisation war.

Diese Enthüllungen der Hitlerorganisationen gegeneinander beweisen sehr eindeutig, von welchem Geist im Sinne Adolf Hitlers die gleichgeschaltete deutsche Minderheit beherrscht wird. Wie die Diadochen im Dritten Reich, so wird auch der Kampf im Auslandsdeutschtum um die Totalität geführt, zur Freude des polnischen Lagers, welches unter solchen Umständen an den hitlerdeutschen Enthüllungen beweisen kann, daß es nur germanisierte Polen und keine deutschen Minderheitsangehörigen in Ostoberschlesien gibt, die durch eine umfangreiche Polonisierung der Mutter Polen wieder zurückgeführt werden müssen und das alles im Zeichen der Volksgemeinschaft Adolf Hitlers.

Zwischen Luxemburg und Deutschland

Der Grenzverkehr zwischen Luxemburg und Deutschland unterliegt seit einigen Wochen auf deutscher Seite verschärfter Kontrolle. Die Reisenden werden nicht nur von Gendarmen und Zollbeamten, sondern auch von Gestapoleuten so gründlich ausgefragt und untersucht, oft bis auf den nackten Körper, daß große Zugverspätungen eintreten. Ob es sich nur um vermehrte Devisenkontrolle oder auch um politische Untersuchungen handelt, ist nicht bekannt. Der Touristenverkehr nach Luxemburg, der früher sehr stark war, ist jedenfalls von der deutschen Seite auf ein Mindestmaß gesunken, weil niemand die Grenze überschreitet, der es nicht unbedingt nötig hat.

Ablenkung von der Rohstoffnot

Kolonialforderungen wieder im Vordergrund

Das akuteste Problem der deutschen Wirtschaftslage bildet augenblicklich die Rohstofflage. Der Umfang von rund vier Milliarden Einfuhr reicht nicht aus, um bei dem gegenwärtigen Ausmaß der durch die Kriegskonjunktur aufgetriebenen Produktion die nötige Zufuhr an Rohstoffen und Lebensmitteln zu sichern. Schon im Jahre 1935 mußte auf die Substanz, d. h. auf die im Laufe von 1934 zum Teil vermehrten Lagerbestände, zurückgegriffen werden. Um etwa 400 Millionen sind diese verringert worden. Sollten sie wieder ersetzt, die Lager also wieder aufgefüllt werden, so wäre eine Steigerung der Einfuhr, die ja allein zu einer entsprechenden Vermehrung der Einfuhr führen könnte, um etwa 800 Millionen notwendig. Nun betragen die auf den verschiedenen Verrechnungsabkommen allmählich entstandenen unbezahlten Warenschulden noch immer rund 500 Millionen RM. Diese müssen allmählich abgetragen werden. Denn die Opfer dieser von Schacht auferlegten Zwangsanleihen setzen sich immer kräftiger zur Wehr und die deutschen Handelsbeziehungen erfahren stets neue Störungen dadurch, daß die betroffenen Staaten wie z. B. augenblicklich Rumänien, die weiteren Einfuhren aus Deutschland für kürzere oder längere Zeit sperren, bis durch neue, zur Bezahlung dieser Schulden dienende deutsche Warenlieferungen die Zwangskredite vermindert oder abgetragen sind. Um diese ungelagerte Schuldenwirtschaft in Ordnung zu bringen, wäre also eine weitere Steigerung des Exports in der Höhe von rund einer halben Milliarde notwendig. Dazu kommt noch, daß auch in den deutschen Deviseneinnahmen in diesem Jahre ein immerhin empfindlicher Ausfall zu verzeichnen ist. Im Jahre 1935 zahlte Rußland noch etwa 220 Millionen RM in Gold und Devisen auf die ihm früher eingeräumten Kredite zurück; in diesem Jahre sind nur noch 53 Millionen RM abzuzahlen. Man sieht also, daß um die Einfuhr auch nur in der bisherigen unzureichenden Höhe aufrechtzuerhalten, eine Steigerung der Einfuhr in einer Größenordnung von etwa anderthalb Milliarden nötig wäre. Um Lebensmittelknappheit und Rohstoffmangel unter Aufrechterhaltung des jetzigen Umfangs der Kriegsproduktion zu verhüten, müßte also die Einfuhr noch über diese Summe hinaus vermehrt werden. Aber rechnen wir selbst günstiger: nehmen wir an, daß auf die Auffüllung der Lagerbestände verzichtet werden könnte, daß eine Abtragung der Warenschulden nur zur Hälfte vorgenommen würde, auch dann bliebe eine Vermehrung in der ungefähren Größenordnung von einer Milliarde RM noch immer notwendig.

Man versteht also, daß die deutschen Handelsansätze jetzt immer stärkeres Interesse beanspruchen. Der Ausweis für den Außenhandel im April verzeichnet aber zunächst einen auf 5 Millionen RM (gegenüber 23 Millionen im März) verminderten Ausfuhrüberschuß. Diese Verminderung des Aktivsaldo ist das Ergebnis einer leichten Steigerung der Einfuhr, vorwiegend aber einer — Verminderung der Ausfuhr. Dabei war der deutsche Außenhandel dieses Monats durch die Preisentwicklung an sich noch etwas begünstigt. Denn der Durchschnittswert der Einfuhrwaren ist leicht gesunken, der Durchschnittswert der Ausfuhrwaren leicht gestiegen. Die Preisschere, die sich in der jetzigen Konjunkturphase daraus ergibt, daß die Preise der eingeführten Rohstoffe im allgemeinen rascher steigen als die der ausgeführten Fertigwaren, hat also keine Rolle gespielt und mengenmäßig waren deshalb die Veränderungen auf beiden Seiten stärker als es die Reichsumsatzsumme zum Ausdruck bringt.

Die Einfuhr ist von 356 auf 361 Millionen gestiegen und lag um 2 Millionen über dem entsprechenden Vorjahresmonat. Dabei hat eine gewisse Verschiebung stattgefunden, da infolge der saisonmäßig günstigeren Eigenproduktion von Nahrungsmitteln die Einfuhr von Nahrungs-, Genuß- und Futtermitteln im Gegensatz zu den letzten Monaten um 12,6 Millionen RM oder fast 9 Prozent vermindert war, wozu in erster Linie die Verminderung der viehwirtschaftlichen Einfuhr beigetragen hat. Dagegen betrug die Zunahme beim Rohstoffbedarf 1 Millionen RM;

die Einfuhr von Wolle wurde um 5,5, die von Baumwolle um 6,4 Millionen gesteigert.

Hielt sich die Einfuhr also in ihrer Gesamtsumme ungefähr auf dem bisherigen Niveau, so erfuhr die Ausfuhr mit 366 Millionen eine Verminderung um 13 Millionen gegenüber dem März, die bis auf 2 Millionen ausschließlich auf Fertigwaren entfällt. Es ist richtig, wenn der offizielle Kommentar darauf verweist, daß ein Ausfuhrrückgang im April eine Saisonscheinung darstellt. Andererseits darf aber nicht übersehen werden, daß der Welthandel im ganzen eine wenn auch langsame Zunahme erfährt und daß die Vereinigten Staaten und in geringerem Maße, zum Teil bedingt durch die Störung des Handelsverkehrs infolge der Sanktionswirkungen gegen Italien, auch England und andere Industriestaaten Steigerungen ihrer Ausfuhr zu verzeichnen haben.

Die Steigerung der Ausfuhr und erst recht die des Ausfuhrüberschusses bleibt also weit hinter den Bedürfnissen der Rohstoffeinfuhr zurück. Nur darf man nicht vergessen, daß durch die Bildung des Dumpingfonds von einer Milliarde die deutschen Ausfuhrpreise künstlich gesenkt, die Ausfuhr auf Kosten der deutschen Substanz forciert worden ist. Der Herr Reichsbankdirektor Brinkmann hat diesen Zustand erst kürzlich ganz richtig beschrieben, als er meinte, es tobe am Weltmarkt heute ein Kampf, der in seiner Heftigkeit und Brutalität kaum noch steigerungsfähig sei... Man könne sich des Eindrucks nicht erwehren, daß in vielen Fällen die Gestehungskosten, die natürlicherweise die untere Grenze jeder Preisbestimmung bilden, für die Kalkulation überhaupt nicht mehr ausschlaggebend seien, sondern daß die Parole heute vielfach laute: Absatz um jeden Preis. Nur daß diese Beschreibung nicht, wie der Herr Brinkmann den Anschein zu erwecken sucht, ganz allgemein zutrifft, sondern in Wirklichkeit nur für die von Schacht organisierte deutsche Schleuderkonkurrenz. Aber auch sie erweist sich als unzureichend.

Die Reichsbahn wird geopfert

Steigende Leistungen — steigendes Defizit

Im Januar dieses Jahres hat die Reichsbahn ihre Gütertarife um 5 Prozent erhöht. Diese Tat war damals von der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« als »Tarifsozialismus« gerühmt worden, womit gesagt sein sollte, daß die Reichsbahn ihre Finanzkraft der Wehrhaftigkeit zum Opfer gebracht habe oder vielmehr dazu gezwungen worden ist und deshalb kein anderes Mittel weiß, ihres Defizits Herr zu werden, als die Belastung der Konsumenten mit einer in Gestalt der Tarifierhöhung erhobenen Steuer. Damals war das finanzielle Ergebnis des Jahres 1935 bereits bekannt, das aber erst jetzt im Jahresbericht der Reichsbahn veröffentlicht wird. Der nunmehr publizierte Jahresbericht stellt also die Lage dar, die vor der Tarifierhöhung bestanden und sie veranlaßt hatte.

Die Reichsbahn hat in der Republik, mindestens bis zum Einsetzen der Krise, sehr hohe Ueberschüsse abgeworfen. Sie war einst das rentabelste Unternehmen Deutschlands. Kein Wunder, daß es Hugo Stinnes reizte, sie mit sich entwertenden Papiergeld an sich zu reißen. Noch 1929 hatte die Reichsbahn einen Betriebsüberschuß von 826 Millionen. Jetzt wird es als Erfolge gebucht, daß der Betriebsgewinn von 24 Millionen im Jahre 1934 auf 152 Millionen gestiegen ist. Er bleibt also auch jetzt noch um nicht weniger als 80 Prozent hinter 1929 zurück, obwohl die Verkehrsleistung nur um etwa 16 Prozent geringer ist. Die Reichsbahn könnte also auf Grund ihrer Leistungen ein glänzend rentierendes Unternehmen sein, wenn sie nicht gezwungen wäre, ihre Geschäftspolitik dem Ziel der Machtentfaltung des Dritten Reiches unterzuordnen. Dafür zeugt das Zurückbleiben der Verkehrsleistungen hinter den Verkehrsleistungen und das stetige Wachsen des Abstandes zwischen beiden. Es hatte betragen die Einnahme je Kilometer, 1929 4,56, 1934 3,76, 1935 nur noch 3,66 Mark. Zwischen 1929 und 1934 liegt eine Tarifsenkung, aber nicht zwischen 1934 und 1935.

Wie ist es zu erklären, daß dennoch die Einnahmen von 1935 noch weiter hinter den Leistungen zurückbleiben als im Jahre zuvor? Woher das Sinken der Rentabilität der

An eine Steigerung des Exports in der von uns als notwendig gezeigten Größenordnung ist offenbar nicht zu denken. Daraus erklärt sich die Intensität des Kampfes in den führenden Kreisen um die neuen wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Herr Schacht hat all seine Leute gegen die Anhänger einer Marktwertung mobilisiert. Auf allen möglichen Wirtschaftstagungen, auf der Unterrichtswoche für Reichsbankbeamte, läßt er seine Leute auftreten. Wenn aber die Devaluation unterbleiben soll, wenn der Dumpingfonds, über dessen endgültige Aufbringung offenbar noch immer keine definitiven Beschlüsse gefaßt sind, sich als unzulänglich erweist, was dann? Schacht antwortet mit der Forderung nach Kolonien und trifft sich darin mit der intensiven Agitation, die von der ganzen nationalsozialistischen Partei geführt wird. Und in der Tat gewinnt es den Anschein, daß die Kolonialforderungen entgegen den früheren Bekundungen Hitlers nunmehr immer stärker in den Vordergrund der Außenpolitik gerückt werden sollen. Zugleich sucht man die Kolonialforderungen, die einst vor allem eine Angelegenheit der großen Bourgeoisie und der Militärkreise gewesen sind, zu einer Massenforderung zu machen, nach dem Muster Mussolinis in der abessinischen Angelegenheit. Obwohl die Einfuhr aus den deutschen Kolonien im Jahre 1913 nur 42,6, die Ausfuhr 52 Millionen betrug, also weniger als 1 Prozent des deutschen Außenhandels, wird den deutschen Massen eingeredet, daß die Wiedererlangung der Kolonien aller Rohstoff- und Lebensmittelknappheit ein Ende bereiten würde. Die Diktatur sucht aus den Nöten, die sie durch ihre Autarkie- und Aufrüstungspolitik selbst geschaffen hat, Nutzen zu ziehen, um sich eine breite Massengrundlage für ihre aggressive Politik zu verschaffen. Darin trifft sich Schacht mit seinen Gegnern, daß sie zur Ablenkung der Massen von der Wirtschaftsnote, die sie gemeinsam erzeugt haben, die Offensive auf dem außenpolitischen Gebiet verstärken.

Dr. Richard Kern.

verbirgt sich ein tatsächliches Defizit, das die Reichsbahn selbst auf 150 Millionen schätzt. Denn der Betriebsüberschuß ist nur dadurch zustande gekommen, daß notwendige Erneuerungen unterlassen, notwendige Abschreibungen unterblieben und wieder Reserven angegriffen worden sind. Die Erneuerungsausgaben sind nur um 2 Proz. gestiegen, die Unterhaltungsausgaben sogar um 1 Proz. gekürzt worden. Die Reichsbahn wird also gezwungen, nicht nur ihre Rentabilität, sondern auch einen nicht geringen Teil ihrer Substanz für die »Wehrfreiheit« hinzugeben.

Was jetzt unterlassen wird, muß später nachgeholt werden. Dazu soll die Tarifierhöhung dienen, die nach der Schätzung der Reichsbahnleitung 1936 eine Mehreinnahme von 100 Millionen bringen soll. Zur Behebung des Defizits würde also auch sie längst nicht ausreichen, weil die Reichsbahn um der »Staatskonjunktur« willen in eine riesenhafte Ueberschuldung hineingedrängt worden ist. Allein die kurzfristige Schuld beträgt fast eine Milliarde, davon rund 700 Millionen Arbeitsbeschaffungswechsel, deren Rückzahlung 1936 beginnt und 1941 beendet sein soll. Die 500-Millionen-Anleihe vom Ende vorigen Jahres darf die Reichsbahn zwar voll verzinsen, aber ihren Erlös nicht für sich selbst verwenden. 400 Millionen mußte sie an das Reich zur Bezahlung der Reichsautobahnen abliefern. Diese Opfer auf dem Altar der Arbeitsbeschaffung haben zur Folge, daß trotz Tarifierhöhung das Defizit für dieses Jahr noch höher sein wird als im vorigen. Die Reichsbahn selbst schätzt es auf 165 Millionen.

Die Preisgabe der Rentabilität könnte man allenfalls rechtfertigen, wenn eine Erhöhung der volkswirtschaftlichen Produktivität damit erkaufte würde. Sie wird aber dem Macht- und Rüstungswahnsinn des Dritten Reiches zum Opfer gebracht.

G. A. Frey.

Ehescheidung als Konjunkturzeichen

Göbbels' Jünger stellen einen neuen Rekord auf.

In der deutschen Presse wird festgestellt: »Im Jahre 1934 wurden im Deutschen Reich (ohne Saarland) insgesamt 54.402 Ehen gerichtlich geschieden. Diese Zahl, die vom Statistischen Reichsamt ermittelt wurde, stellt einen Rekord auf. Sie liegt nicht nur um 11.917 oder 2 Prozent über der Ehescheidungsnummer des Vorjahres, sondern sogar um ein Viertel höher als die Ziffer des Durchschnitts der fünf letzten vorausgegangenen Jahre. Die Rekordzahl von 1934 übertraf selbst die bisher höchste Scheidungsziffer im Jahre 1921 um 12 Prozent.«

Da hätten die »Retter des deutschen Familienlebens« ja allen Grund, die Köpfe hängen zu lassen — so meint der Laie. Aber nein! Jubelnd stellt die nationalsozialistische Pressekorrespondenz fest:

»Dieser Ehescheidungsrekord ist aber nicht etwa ein Zeichen dafür, daß 1934 die Zahl der zerrütteten Ehen besonders stark zugenommen hätte; er ist vielmehr ein weiteres Beweismittel für die wirtschaftliche Wiedergesundung.« Weiter wird erklärt, daß zu Scheidungsprozessen eben Geld gehöre, daß dieses Geld jetzt im Gegensatz zu früher vorhanden sei und daß deshalb manche Ehescheidung »nachgeholt« werde. — Wenn es den Leuten gut geht, lassen sie sich scheiden. — Diesen Gelstesritt macht den Propagandahengsten des Herrn Göbbels so leicht keiner nach. Wahrscheinlich sind die wachsenden Selbstmordziffern auch dem Wirtschaftsaufstieg zu verdanken, denn selbst den Strick muß man kaufen, ehe man sich damit aufhängen kann.

Nix Tabak, nix Halleluja

Diesen alten, guten Witz über die Neger, erzählt man in Hitlerdeutschland mit neuem Vergnügen:

Ein Missionar in Deutschostafrika hatte seine getauften und bekehrten Neger trefflich abgerichtet. Jeden Sonntag versammelte er sie zu einem freudigen Feste mit Dankgottesdienst, wozu sie in Scharen geströmt kamen. Zuerst stieg am Mast die schwarz-weiß-rote Fahne, die Neger brüllten dreimal kräftig Hurra und dann bekam jeder Neger ein Päckchen Tabak. Darauf zogen sie geschlossen in die Kirche um ein Halleluja zu singen. Eines Tages war dem Missionar der Tabak ausgegangen, aber er vertraute auf die nationale Erziehung. Am Sonntag stieg die schwarz-weiß-rote Fahne, die Neger brüllten dreimal kräftig Hurra und dann sprach der Missionar, laset uns Halleluja singen.

Aber er erhob allein seine Stimme. Warum singt ihr nicht mit, herrschte er die Neger an. Nix Tabak, nix Halleluja, sagten sie schlicht und schwiegen.

Spitzel und Lockspitzel

Streifzüge durch die Revolutionsgeschichte

I.

Jedes Unterdrückungssystem hat eine geheime Polizei. Sie ist das vornehmste Herrschaftsinstrument aller Diktaturen. Die preußisch-deutsche Geheimpolizei aus der Zeit des Kaiserreiches, die russische Ochrana, die Tscheka und später die GPU in Sowjetrußland, die Gestapo in Deutschland, ähnliche Organisationen in anderen Ländern sind nicht nur Kampfinstrumente gegen alles Freiheitsstreben, sie haben für die Diktaturen direkt staatszusammenhaltende Funktion. Sie sind die Verteidigung der verbrecherischen Diktaturen gegen das Volk und gegen die Kämpfer für die Freiheit. Die übelsten Instrumente dieser politischen Polizei wieder sind Spitzel und Lockspitzel. Das Ringen zwischen revolutionären Organisationen und den Agenten der politischen Polizei ist für die Feinde der Diktatur außerordentlich schwer. Auf der Seite der Diktaturen stehen nicht nur die Geldmittel von Großstaaten, sondern der ganze umfassende Verwaltungsorganismus, der heute unvergleichlich dichter und feinmaschiger ist als vor fünfzig Jahren. Es steht hinter ihnen der Druck der Macht, die Möglichkeit, mit den raffiniertesten Mitteln Menschen müde zu machen, ihren Charakter zu brechen, ihre Gesinnung zu korrumpieren. Gegenüber der von Natur aus immer beschränkten Kraft revolutionärer Organisationen und der Begrenztheit ihres Kämpferkreises verfügen die politischen Polizeien großer Staaten über ein reiches Reservoir von Kräften, die sie als Spitzel einsetzen können. Die Massenhaftigkeit des Einsatzes und die Verfeinerung der kriminalistischen Methoden machen einen absoluten Schutz der revolutionären Organisation vor dem Einbruch von Spitzeln unmöglich, und die Geschichte lehrt, daß noch keine revolutionäre oder geheime Organisation in der Geschichte vor dem Eindringen von Spitzeln bis in ihre engsten Zirkel geschützt gewesen ist. Aber die naturgemäße Begrenztheit der revolutionären Organisationen birgt andererseits auch die Möglichkeit leichter Selbstreinigung in sich. Je größer der Spitzel-einsatz, um so größer auch die Wachsamkeit und die Zahl der entlarvten Spitzel.

Die Geschichte der deutschen und der russischen Arbeiterbewegung ist reich an Beispielen für den Kampf mit den Spitzeln. Dieser Kampf hat bereits in den ersten Anfängen einer Arbeiterbewegung in Deutschland begonnen. Zur Zeit der Weberunruhen in Schlesien erschien im Frühjahr 1845 der Kammergerichtsreferendar Stieber aus Berlin im Hirschberger Tal im Riesengebirge. Er nannte sich Landschaftsmaler Emanuel Schmidt und »entdeckte«, daß der Tischlermeister Wurm aus Warmbrunn an der Spitze eines Geheimbundes von sechs Arbeitern stehe, der blutrünstige Statuten habe. Stieber verhaftete den Fabrikbesitzer Schlöffel und den Lehrer Wander unter der Beschuldigung, daß sie Beziehungen zu diesem Geheimbund hätten. Beide Männer, die soziales Empfinden und liberal-freisinnige Gesinnung gezeigt hatten, sollten vernichtet werden — mit Hilfe der von Lockspitzelhand fabrizierten Geheimstatuten. Man konnte ihnen schließlich nichts nachweisen — aber der Oberpräsident von Schlesien wurde entlassen, weil er sie nicht so brutal behandelt hatte, wie es die politische Polizei verlangte. Der Tischlermeister Wurm wurde zum Tode verurteilt und zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

Spitzelarbeit gegen die 48er Emigration

Als Mitte 1849 die deutsche Revolution ihr Ende erreicht hatte, wurden zehntausende zur Emigration gezwungen. Diese Emigration bildete eine verworrene Masse — von den zaghaftesten Parlamentariern bis zu den radikalsten Kommunisten, erfüllt von Illusionen und Zänkereien. Auf sie stürzte sich ein Spitzelheer, um sie auszuspiionieren, zu zersetzen und zu drangsalieren. Ein Erfolg dieser Spitzelarbeit war, daß die Schweiz, unter dem Druck

der siegreichen Gegenrevolution stehend, das Gros der Emigranten kurzerhand als spitzelverdächtig bezeichnete, um eine Bemäntelung für ihre Verweigerung des Asylrechts zu haben. Im Laufe eines Jahres hat damals die Schweiz so ziemlich mit den 11.000 deutschen Emigranten aufgeräumt, die sich dort niedergelassen hatten.

Das Hauptaugenmerk richtete die preußische Polizei auf den Bund der Kommunisten, der sich im Jahre 1850 in die Fraktionen Marx-Engels und Willich-Schapper gespalten hatte. Die Spitzel stürzten sich vor allem auf die

Fleury alias Krause nach Paris. Dieser — Sohn eines Raubmörders, selbst Dieb, der im Zuchthaus gesessen hatte — stiftete nun nach Lockspitzelart ein Komplott, im Februar 1852 wurden einige emigrierte deutsche Arbeiter in Paris zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt. Cherval und Gipperich erhielten je acht Jahre Kerker, aber die bonapartistischen Behörden ließen sie aus dem Gefängnis entfliehen.

In London hängte sich der Lockspitzel Leutnant Hentze an die Fraktion Willich-Schapper. Der Polizeileutnant Greihs, der der preußischen Ge-

ten »Befreiungsbund« drang die Polizei ein. Er stellte gegen Ende 1849 seine Tätigkeit ein. Am längsten hielten sich einige Ausläufer der »Arbeiterverbrüderung«. Auch sie wurden schließlich ein Opfer des Polizeirates Stieber und des Lockspitzels Leutnant Hentze.

(Quelle: Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie Bd. I, S. 436 ff.)

Lockspitzeltum unterm Sozialistengesetz

Mit dem Beginn des Sozialistengesetzes warf sich ein Heer von Spitzeln auf die Arbeiterbewegung. Die Polizei Bismarcks bediente sich der infamsten Methoden der Provokation. Ihre Lockspitzel interessierten sich vor allem für die radikalsten Ausläufer der Bewegung, so für Hasselmann und Most, die sich den Anarchisten näherten und auf dem Parteitag von Schloß Wyden aus der Partei ausgestoßen wurden. Ein Polizeispitzel Neumann war der Verbindungsmann Hasselmans zur Mostschen »Freiheit«, ein anderer Polizeispitzel namens Wichmann verhalf Hasselmann zur Flucht. Zum Dank empfahl Hasselmann den Wichmann in Belgien, England und Amerika als treuen Gesinnungsgenossen; Wichmann wurde ein geschätzter Korrespondent der Freiheit und erhielt von den ausländischen Anarchisten die vertraulichsten Mitteilungen, die er alle prompt dem Polizeikommissar Engel in Altona weitergab. (S. Mehring Bd. II, S. 429.)

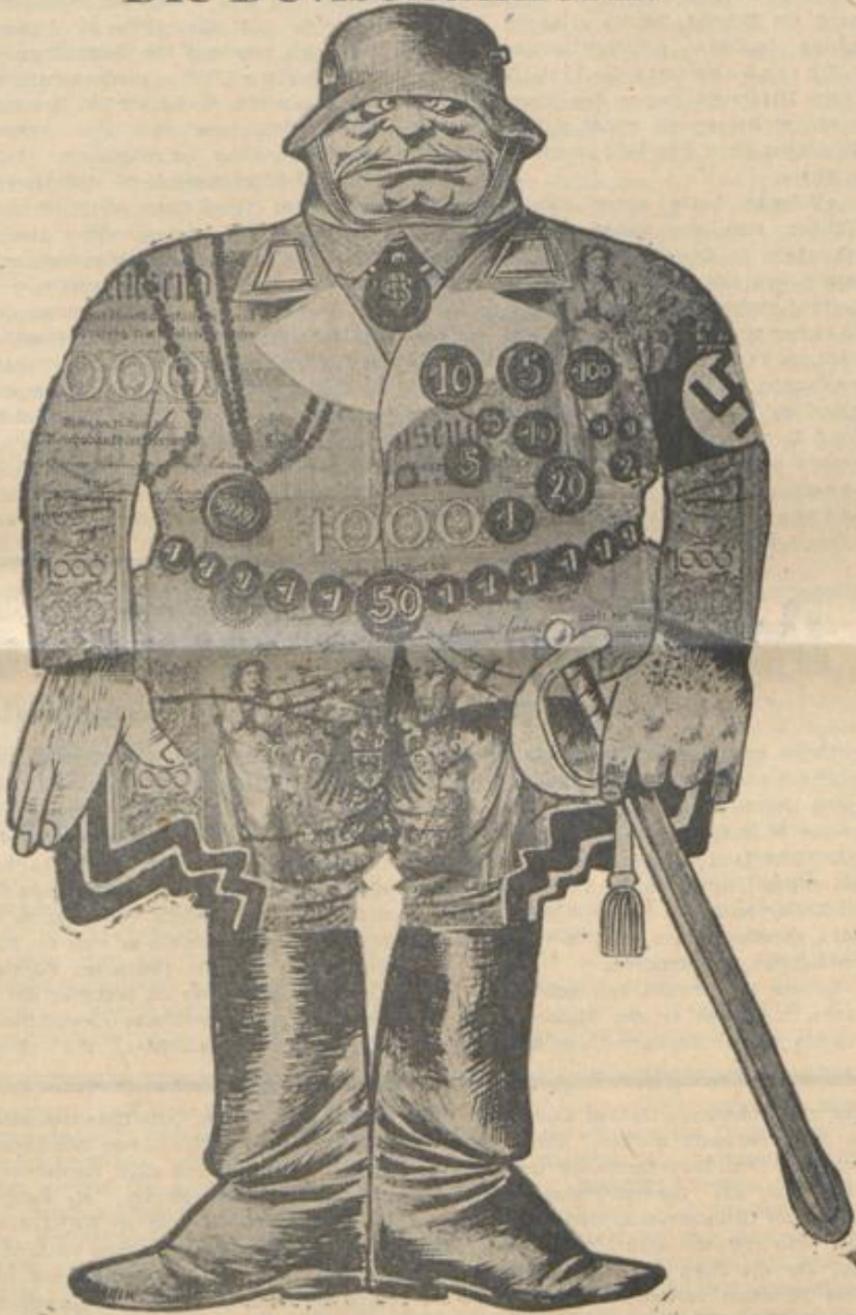
Mosts blutdürstige Prahlereien waren Bismarcks Polizei sehr willkommen. Sie spannen ihn in ein dichtes Spitzelnest ein. In der Expedition der »Freiheit« saß der Spitzel Neumann als Mosts Vertrauensmann, während die Spitzel Wichmann und Wolf von Altona aus für das Blatt korrespondierten. Sie verleumdeten eifrig die sozialdemokratischen Abgeordneten in der schamlosesten Weise als Betrüger und Diebe an den Parteigeldern. Wolf bot später seine »Memoiren« der Polizei gegen ein Riesenhonorar an. Für diesen Erpressungsversuch wurde er in einem geheimen Prozeß zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Er hat dann im Gefängnis »Selbstmord« begangen. Wichmann hat später geplaudert, als die Polizei ihm keine Pension zahlen wollte. Die »Freiheit« konnte sich in London nicht halten. Im Jahre 1882 erschien sie in der Schweiz. Die Druckkosten zahlte der Schreiner Schröder-Brennwald, der nach einer unbestrittenen Feststellung der Züricher Polizeibehörde im Dienste der Berliner Polizei stand und ständig eine Kiste Dynamit mit sich führte.

Ueber die weitere Zersetzung des deutschen Anarchismus durch das Lockspitzeltum heißt es in Mehrings Geschichte der deutschen Sozialdemokratie:

»Die anarchistischen Kassen blieben leer, und da auch zur anarchistischen Kriegführung Geld gehörte, so entwickelte sich eine neue Form der »sozialrevolutionären« Taktik: der gemeine Raubmord, der sofort von den polizeilichen Lockspitzeln sorgfältig gepflegt wurde.

Bereits im Juli 1882 wurde der Schuhwarenfabrikant Merstallinger in Wien von Anarchisten mit Chloroform betäubt und um tausend Gulden beraubt. Zu den intellektuellen Urhebern des Anarchismus gehörte ein gewisser Hotze, der nach Amerika flüchten durfte, ohne daß die österreichische Regierung seine Auslieferung verlangte. Einen größeren Aufschwung nahm die Raubmordtaktik aber erst im Herbst 1883, gleich nach einer anarchistischen Konferenz, die in Zürich getagt hatte. Unter ihren Teilnehmern befanden sich der Schuhmacher Stellmacher aus Schlesien, der die »Freiheit« während ihres Erscheinens in der Schweiz redigiert hatte, der Buchbinder Kammerer und der Schreiner Kunicca, zwei geborene Oesterreicher, dann aber auch der Lockspitzel Schröder-Brennwald und der Mechaniker Kaufmann, ein anderer Lockspitzel der deutschen Polizei. Schnell hintereinander folgten nun am 22. Oktober der Raubmord

Die Devisenuniform



Fraktion Willich-Schapper, die »Männer der Tat«.

Im Frühjahr 1851 wurde der Polizeirat Stieber nach London geschickt, um die deutschen Flüchtlinge zu überwachen. Er hatte einen Spitzel Reuter in seinem Dienst. Der quartierte sich in dem Hause ein, in dem der Schriftführer des Kommunistenbundes, Richtung Willich-Schapper, wohnte, und stahl ihm die Korrespondenz des Bundes. Dadurch erhielt Stieber Ueberblick über die Gemeinden, die Willich-Schapper unter den deutschen Emigranten in Frankreich gegründet hatten, sowie über deren Korrespondenz. Besonders kostbar waren ihm die Briefe, die die Leiter der Pariser und der Straßburger Gemeinde gewechselt hatten. Sie waren im blutrünstigsten Schinderhannesstil geschrieben. Kein Wunder: der Pariser Leiter Cherval, alias Kremer, ein 1844 wegen Wechselfälschung geflüchteter Preuße, diente der preußischen Gesandtschaft in Paris als Spion, und der Straßburger Leiter Gipperich war ähnlichen Kalibers. Stieber schickte nun den Spitzel

sandschaft in London attachiert worden war (man sieht, die Gestapo ist keineswegs originell), befahl dem Spitzel Wilhelm Hirsch, einem Handelsangestellten aus Hamburg, um jeden Preis Berichte über die geheimen Bundessitzungen der Partei Marx herbeizuschaffen, nur daß sie die Wahrscheinlichkeit nicht überschreiten dürften. Hirsch schlich sich im Dezember 1850 unter der Maske eines kommunistischen Flüchtlings in die private Gesellschaft ein, in der sich Marx wöchentlich einmal mit seinen Freunden zusammenzufinden pflegte. Nach wenigen Wochen wurde er jedoch entlarvt und hinausgeworfen. Später fälschte er dann Berichte über die »geheimen Bundessitzungen der Partei Marx« und verkaufte sie um schweres Geld an die preußische Regierung.

Nach dem Kölner Kommunistenprozeß vom Herbst 1852 lösten sich die Reste des Kommunistenbundes auf, auch Willich und Schapper stellten ihre »Flüchtlingstöpfelei« ein, wie Schapper, zur besseren Einsicht gekommen, sie nannte.

Auch in den von Weitling gegründeten und von ihm und Audorf geleite-

an dem Apotheker Länhard und einer Schildwache in Straßburg, am 29. Oktober eine Dynamitexplosion im Frankfurter Polizeigebäude, am 21. November das Raubmordattentat auf den Bankier Heilbronner in Stuttgart, endlich in Wien am 15. Dezember die Erschießung des Polizeibeamten Hlubeck, am 10. Januar 1884 der Raubmord an dem Wechselagenten Eisert und dessen zwei Söhnen, und am 25. Januar die Erschießung des Polizeialtens Blösch.

Die Urheberchaft dieser Verbrechen ist nicht durchweg klargestellt worden. Jedoch an den meisten waren nachweislich Kumics, Kammerer und Stellmacher beteiligt. Als Stellmacher in Wien prozessiert wurde, ergab sich noch eine andere Variante der anarchistischen Taktik. Stellmacher hatte an den Polizeinspektor Kaltenbach in Mülhausen und den österreichischen Gesandten in Bern geschrieben, um sich zu Spitzeldiensten anzubieten. Nicht in der Absicht, diese Dienste wirklich zu leisten, sondern im Einverständnis mit seinen Gesinnungsgenossen, um auf solche Art Geld zu erschwindeln. Stellmacher hat bis an den Fuß des Galgens eine trotzigste Haltung bewahrt und ist in festem Glauben an seine Sache gestorben, aber was war aus dieser Sache geworden, wenn ihre Grenzen vollständig in das gemeinste Verbrechen und die schuftigste Spitzelerei verliefen! Nach Stellmachers Hinrichtung erschienen blutrünstige Plakate in der Schweiz, die ihn zu rächen aufforderten und von dem Klempner Weiß aus Dresden angeschlagen wurden. In Liestal deshalb vor Gericht gestellt, entpuppte sich auch dies Fröchtchen als deutscher Lockspitzel.

Dieser Stellmacher war in gewissem Sinne ein Vorläufer des Provokateurs Asew in der russischen sozialrevolutionären Partei.

Die Spitzel in der Sozialdemokratischen Partei

Selbstverständlich blieb auch die Sozialdemokratische Partei von der Spitzelerei nicht verschont. Die Methoden von damals waren denen der Gestapo von heute sehr ähnlich. Man liest darüber in Bebel's Lebenserinnerungen:

»Die Polizei hatte überhaupt das, was sie entdeckte und erfuhr, in den seltensten Fällen ihrem eigenen Witz und Geschick zu danken, sondern dem Leichtsinne oder der Schwachsinnigkeit dieses oder jenes Genossen. Abgesehen von Verrätereien durch Genossen, die den Geldangeboten der Polizei nicht zu widerstehen vermochten, oder auch von der Polizei zu Verräterdiensten gezwungen wurden, weil diese über sie erfahren hatte, die, wenn sie zur Anzeige gebracht wurden, die Befreiung dem Gefängnis überliefern. Die polizeilichen Stützen des christlichen Staates ließen gern ein Vergehen ungesühnt, wenn sie dafür einen politischen Verrat eintauschen konnten. (Bd. III, S. 111.)

Humaner Krieg?

Dum-Dum-Geschoße und deutsches Reichspatent.

Der italienische Faschismus, der mit Giftgasen seine »Kultur« in Abessinien verbreitet, hat ein lautes Gezeter erhoben, daß England die »inhumane« Kriegführung der Abessinier durch Lieferung von Dum-Dum-Geschossen unterstützt habe. Er hat sich dabei in die Nesseln gesetzt; denn die englische Regierung hat einen berüchtigten Lockspitzel der italienischen Botschaft in London ans Tageslicht gezogen, der das gefälschte Material für die Anschuldigung geliefert hatte.

Hinter dieser Lockspitzelaffäre aber verschwindet das eigentliche Problem: Gibt es überhaupt einen »humanen Krieg«? Ist es humaner, von einer Handgranate zerfetzt zu werden oder einen Bauchschuß von einem Hartmantelgeschosß zu erhalten?

Es ist sicher, daß die Abessinier Dum-Dum-Munition verwendeten. Es ist sicher, daß die Italiener Dum-Dum-Munition benutzten. Es ist sicher, daß in kommenden Kriegen alle Armeen der Welt, dort wo sie es für notwendig halten, Dum-Dum-Munition verwenden werden.

Unter Dum-Dum-Munition werden dabei vornehmlich für lebende Ziele verwendete Kleinkalibergeschosse verstanden, die mechanisch oder chemisch so vorbereitet sind, daß sie beim Auftreffen explosionsartig zersplitzern oder tatsächlich explodieren.

Die Abessinier verwendeten nun auch zu ihrer Verteidigung Patronen der englischen Firma Eley Brothers, die vor 1914, also vor

Die Spitzel interessierten sich nicht nur für die Verbreitung des »Sozialdemokraten«, obwohl sie auch dabei manchen Betriebsunfall herbeiführten, so daß sich die Leitung manchmal über die Ungeschicklichkeit der besten Leute beklagte. So heißt es in einem Brief von Bebel an Motteler:

»In Berlin ist, was von Nr. 8 abging, abgefaßt worden, und zwar weil Grunzig so geschickt war, sämtliche Adressaten bis Nr. 12 und 13 in seinem Notizbuch aufzuführen, wodurch die Polizei leichtes Spiel hatte. Daß Verrat im Spiel war, beweist, daß er auf dem Kontor abgefaßt wurde und daß die Polizei direkt auf das Spind losging, worin er die Sachen aufbewahrte. Es ist wahrscheinlich, daß sie dort noch manches andere fand. Haus-suchungen mit ähnlich genauer Kenntnis der Lokalität sind mehrfach vorgekommen. Ihr könnt Euch denken, daß infolgedessen großes Mißtrauen herrscht und man nicht eher etwas riskieren will, bis man glaubt, der Sache sicher zu sein.«

Bis in die Leitungen der Organisationen drangen die Spitzel vor. Bebel berichtete:

»Aber trotz allen Vorsichtsmaßnahmen und allem Mißtrauen, das volle Berechtigung hatte, geschah es doch einmal, daß ein später als gefährlicher Spitzel und Agent provocateur Entlarvter in die Mottelersche Wohnung (in Zürich) Zutritt erlangte, der ehemalige badische Artilleriehauptmann A. D. v. Ehrenberg und seine Frau. Sobald aber unser Mißtrauen gegen den Herrn geweckt wurde, mußte er mit seiner sicher völlig unschuldigen Frau das Feld räumen.« (Bd. III, S. 94.)

Vollmar hatte unter dem Pseudonym Walther eine sogenannte auswärtige Verkehrsstelle in Zürich errichtet, die unabhängig von uns die Verbindung mit den im Ausland vorhandenen Vereinen pflegen sollte. Es kamen aber öfter in den Erlässen der Auswärtigen Verkehrsstelle Ausdrücke und Redewendungen vor, die geeignet waren, uns im Inland zu kompromittieren, falls ein solcher Erlaß in unrechte Hände kam. Diese Gefahr bestand aber, da überall in den größeren Vereinen im Ausland — Brüssel, London, Paris, Genf usw.

— auch deutsche Polizeispitzel tätig waren. In der Berliner Leitung wechselten die Personen infolge von Verfolgungen und Prozessen sehr häufig. Mehrmals saßen auch notorische Polizeialtens darin, die dann an Radikalismus sich nicht genug tun konnten und Konflikte mit uns hervorgerufen suchten. (S. 135/136.)

»Von einer Anzahl Berliner Ausgewiesener in Hamburg war ein einundzwanzig Bogen langer Protest (zum Wüdener Parteitag) eingegangen, der sich hauptsächlich gegen die Fraktion richtete und speziell die Geldverwendung angriff. Später wurde bekannt, daß der Verfasser des Protokolls ein ausgewiesener Berliner, der einäugige Wolf war, der als Spitzel im Dienste der Berliner Polizei entlarvt wurde.« (S. 148.)

»Seit Spätherbst 1880 hatten wir in Leipzig den aus Berlin ausgewiesenen Schmied Heinrich, der ein sehr sympathisches Äußere hatte, aber, wie sich nachher herausstellte, Agent der Berliner Polizei war, dem die Aufgabe zufiel, Material für den kleinen Belagerungszustand zu liefern. Bei den geheimen Zusammenkünften, die wir hatten, war Heinrich stets der radikalste. Insbesondere wollte er durchsetzen, daß wir uns auf Grund eines Statuts geheim organisierten. Dagegen wehrte ich mich energisch, und er fiel mit seinem Plan ab. Anfang April mußte ich aber auf die Geschäftsreise. Als ich nach sechs Wochen zurückkehrte, war die erste Nachricht, die ich erhielt, Heinrich habe mittlerweile einen von ihm entworfenen Organisationsplan durchgesetzt. Ich war wütend. Hätten Liebknecht und Hasenclever, die sich bei diesen Zusammenkünften nie beteiligten — sie meinten, meine Anwesenheit genüge — an denselben teilgenommen, Heinrichs Plan wäre verhindert worden. Ich wendete mich in der nächsten Zusammenkunft sehr scharf gegen den gefaßten Beschluß, den ich für kopflos erklärte, und verlangte die Vernichtung der vorhandenen Exemplare des Organisationsstatuts. Man versprach allseitig, dieser Forderung nachzukommen. Als aber bald darauf eine allgemeine Polizeirazzia gegen uns stattfand und auch massenhaft Haus-suchungen vorgenommen

wurden, war das einzige Exemplar, das von dem Organisationsplan gefunden wurde, in — Heinrichs Besitz. Von jetzt an war mein Mißtrauen gegen ihn geweckt, und ich behandelte ihn danach. Er wurde später gänzlich entlarvt und mußte, da er in Magdeburg ein Sittlichkeitsverbrechen beging, flüchten, zu welchem Zwecke er von der Berliner Geheimpolizei fünfhundert Mark erhielt. Er kam nach Zürich, wo er von Stufe zu Stufe sank und schließlich elend zugrunde ging.

Am 28. Juni wurde mir eine andere Ueber-raschung zuteil. Auf unserem Kontor erschien ein gewisser Wölfel, der in der Berliner Geheimorganisation eine Rolle spielte und aus verschiedenen Gründen bereits mein Mißtrauen geweckt hatte. Er verlangte im Namen der Berliner Geheimorganisation eine Abschrift aus meinem Kassenbuch über die Einnahmen und Ausgaben der letzten Monate. Mir war sofort klar, was der Bursche bezweckte. Ich wies ihm die Tür.« (S. 178/179.)

»Um Schrecken unter der Wählerschaft zu verbreiten, wies man zwei Tage vor der Wahl abermals zweiundzwanzig Genossen aus. War unter der ersten Rate der Spitzel Heinrich gewesen, den man mit ausgewiesen hatte, um kein Mißtrauen gegen ihn zu erregen, so flog jetzt der zweite Polizeispitzel hinaus, Kaufmann Friedemann aus Berlin, den uns die dortige Polizei ins Nest gesetzt hatte. Friedemann ging nach Zürich, wo er ebenfalls bald darauf entlarvt wurde. Er hatte die Gepflogenheit, bei Zusammenkünften der Genossen in Zürich, wie alle diese Buben, den Radikalen zu spielen.« (S. 187.)

Die Partei wehrte sich gegen die Spitzelerei, und sie wehrte sich gut! Blieben ihr auch manche gefährlichen Spitzel verborgen, so zog sie doch viele ans Licht der Öffentlichkeit, und gerade diese Enthüllung der hunds-gemeinen Methoden der Polizei hat schließlich mit zur Erschütterung des Sozialisten-gesetzes beigetragen. Sie konnte sich nicht restlos gegen die Spitzel schützen, aber ihr Abwehrkampf war für sie ein wichtiger moralischer Wert. (Fortsetzung folgt.)

Der Geschichtsschreiber der Gebildeten

Zum fünfzigsten Todestag Leopold Ranke's

Vielen galt Leopold Ranke als der bedeutendste Historiker der Deutschen, schon zu seinen Lebzeiten und auch nach seinem Tode, der den Neunzigjährigen am 23. Mai 1886 abrief. Nicht Deutschland allein, Europa hallte von seinem Ruhm wider; Thiers, der selber mit Erfolg nach den Kränzen Klio's gegriffen hatte, nannte ihn den größten Historiker des neunzehnten Jahrhunderts.

In der Tat erwarb sich schon der junge Ranke, noch ehe er das Katheder für Geschichte an der Berliner Universität bestieg,

namhafte Verdienste um die Geschichtsschreibung. Was Niebuhr für die antike Historie unternommen hatte, Quellenforschung und Quellenkritik nach streng wissenschaftlichen Grundsätzen, wandte er geschickt auf die neuere Geschichte an. Er wollte nicht richten, kaum erklären, sondern »bloß sagen, wie es gewesen«. Dabei steckte er sich die höchsten Ziele, wenn er »Die römischen Päpste«, die »Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation«, die »Preussische Geschichte«, die »Französische Geschichte«, die »Englische

Geschichte« verfaßte und in einem mehr als biblischen Alter noch die Feder zu einer groß-angelegten »Weltgeschichte« ansetzte. Im Grunde gab er immer Weltgeschichte, auch wenn er ein Lokalereignis auf dem Balkan beschrieb. Seinem schärfsten Blick schienen sich stets die großen Weltzusammenhänge zu erschleiern, er dachte in Erdteilen und Jahrhunderten. Einen Begriff von der Feierlichkeit seines nicht immer durchsichtigen Stils und seiner grandiosen Art, die Dinge zu nehmen, vermitteln ein paar Sätze der Vor-

über zweiundzwanzig Jahren nach Afrika für die Jagd verkauft wurden. Diese Patronen enthalten Dum-Dum-Geschosse und hier erkennt man am unvoreingenommensten das eigentliche Grundproblem dieser Spezialmunition, denn niemand wird hier behaupten, daß man für die Jagd aus grausamer Wollust diese Munition verwenden wird. Diese Geschosse, die einen an der Spitze offenen Nüchelmantel haben, lassen beim Auftreffen den Bleikern herausquellen und erzeugen so außerordentlich schwere Wunden. Sie lassen das Wild auch bei verhältnismäßig kleinem Kaliber und beim Schuß noch aus nächster Nähe, auf der Stelle zusammenbrechen. Wie wir sehen werden, ist der Kriegführung das gleiche Problem beim Nahangriff für die Handfeuerwaffen gestellt. Es ist deshalb kaum anzunehmen, daß neben der Handgranate das Dum-Dum-Geschosß aus Humanität nicht auftauchen wird.

Neben den geschilderten Jagdpatronen fanden die Italiener bei der Eroberung der abessinischen Festung Dagnerei und bei der Besetzung der Garnison Tafari Schetema Vickers-Armstrong-Maschinengewehre, deren Patronenstreifen, wie die Italiener behaupten, immer nach einigen gewöhnlichen Patronen, Explosivkugeln, also Dum-Dum-Geschosse enthielten.

Die Italiener hätten sich zur Aufklärung dieser Affäre nicht nach Genf, sondern nur bis zu den Ladestreifen ihrer eigenen Maschinengewehre bemühen brauchen. Sie hätten dort, zwischen den Normalpatronen, Geschosse der Societa Metallurgia Italiana Roma gefunden, die genau dieselben Eigenschaften

wie die sogenannten Dum-Dum-Geschosse von Vickers gehabt hätten. Diese Sonderpatronen finden sich heute auf allen Ladestreifen für schwere Maschinengewehre, sie entsprechen der deutschen SMK- und der SMKL-Munition. Diese Geschosse tragen einen weichen Kopf, der beim Auftreffen zerstäubt und der dadurch bei lebenden Zielen die furchtbare Wirkung eines Dum-Dum-Geschosses hat. Diese Munition ist aber nicht für die Dum-Dum-Wirkung konstruiert, sie soll durch Erzeugung einer Beobachtungswolke beim Auftreffen dem Maschinengewehrscützen erkennen lassen, ob seine Geschosse das Ziel auch erreichen. Diesen Zweck erfüllt bei Nacht die SMKL-Munition durch Ausstoß einer Leuchtspur auf der Flugbahn. Neben dieser unbeabsichtigten Dum-Dum-Wirkung von Geschossen wird aber in einem kommenden Vernichtungskrieg sehr wohl das Problem echter Dum-Dum-Geschosse auftauchen.

Nach deutschen Angaben ist bei der letzten Waffe im Nahkampf, bei der Pistole, die nötige Verwundungsfähigkeit erst bei einem Kaliber von neun Millimeter aufwärts sichergestellt. Nur derart große Geschosse lassen den Gegner auf der Stelle zusammenbrechen. Man hält in Deutschland Pistolen unter einem Kaliber von sieben und halb Millimeter für militärisch wertlos.

Natürlich leidet bei derart schwerer Munition, die besonders im Nahkampf notwendige Handlichkeit der Waffe, Munitions- und Waffengewicht belastet den Träger und der Materialverbrauch zugleich die Kriegswirtschaft. Es ist deshalb die Neigung verständlich, einen Weg zu gehen, der zu einer Ka-

liber verringert führt, ohne daß der Herstellungsvorgang kompliziert wird und ohne daß die Hauptforderung für eine Nahkampfwaffe, das Ziel im Augenblick zusammenbrechen zu lassen, angetastet wird. Dieser Weg ist das moderne Dum-Dum-Geschosß.

Eine Armee könnte sich zwar über Nacht von Normalpatronen auf Dum-Dum-Geschosse umstellen, wenn der Gegner ihr diese Kampfesweise aufzwingt, aber ihr geht dann der Vorteil des kleineren Kalibers beim Transport und in der Wirtschaft verloren. Diesen Vorteil kann nur der skrupellos ausnützend, der schon im Frieden sich auf anscheinend zu kleine den ganzen Vorteil von Dum-Dum-Geschossen Kaliber einstellt. Er kann dann im Ernstfall für sich einheimen. Es ist auffallend, daß Staaten mit abnormal kleinem Kaliber Italien und Japan sind. Das Rezept für wirksame Geschosse zu den anscheinend allzu kleinkalibrigen Feuerwaffen enthält das deutsche Reichspatent Nummer 625 315. Es ist ein Verfahren zur Herstellung von leicht zersplitternden Weich- oder Hartbleigeschossen aus einer besonderen fein unterteilten Bleimasse, dadurch gekennzeichnet, daß die Bleiteilchen mit einer das Zusammenschweißen unter Druck verhindernden Schicht versehen sind, die auf chemischen oder galvanischem Wege aufgetragen wird.

Praktisch bedeutet dieses Patent den Schritt vom alten Dum-Dum-Geschosß zum modernen noch wirkungsvolleren Miniaturschrapnell für Handfeuerwaffen.

Ing. Kurt Doberer.

rede zu den »Neun Büchern preußischer Geschichte«: »Die vier großen Mächte standen einander wie ebensoviele Weltkörper gegenüber, die nach eingepflanzten Gesetzen ihre eigenen Bahnen beschrieben. . . Hier war noch ein Platz für eine große europäische Selbständigkeit; Preußen nahm ihn ein.«

Aber er verstand es auch, durch kleine, sozusagen private Züge seine Gestalten lebendig zu machen. Daß Sultan Mahmud III. beim Empfang einer Gesandtschaft Sehnsucht verspürte, in seine geliebten Gärten zu entrichten, daß Papst Alexander VI. sich von seiner Amme aus Löwen den Haushalt führen ließ, daß dieser Pockennarben hatte und jener ständig hustete, in dieser Art von Genre-malerei, die später ein Emil Ludwig auf niedrigerer Stufe dem Meister ablauschen sollte, schweifte er nur zu gern. Sein Widersacher Heinrich Leo höhnte denn über sein außerordentliches Talent, »durch den Garten der Geschichte wandelnd sich Blumen abzuschneiden, sie in Bouquets zu ordnen der prächtigsten Art und sie dann auf Porzellanvasen von Geschichtsbüchern zu malen«, und ähnlich, wenn auch nicht gerechter, spottete Karl Marx über Rankes »spielende Anekdoten-krämerlei und die Rückführung aller großen Ereignisse auf Kleinigkeiten und Lauserelen«.

Wenn Ranke die Geschichtsschreibung als Priesteramt betrachtete, gab er sich doch nie als Diener eines zürnenden und Blitze schleudern Gottes. Eine weiche, lebenswürdige, nachgiebige, kurzsächsische Natur, liebte er es nicht, wenn sich hart im Raume die Sachen stießen. Abzuschleifen, zu glätten, an- und auszugleichen, war ihm ein Herzensbedürfnis, und richtigen Kanakillen oder auch dämonischen Charakteren ging er in seiner historischen Darstellung hilflos und ängstlich aus dem Wege. Seine Gestalten haben samt und sonders etwas Wohlerzogenes und Versöhnliches an sich; sein Kollege Theodor Mommsen sagte ihm in einer Ansprache zu seinem neunzigsten Geburtstag ins Gesicht: »Ihr seltenes Talent, an jedem Menschen das Beste zu finden und das herauszufinden, was ihn lebenswürdig macht, und selbst bei Männern, ich will nicht sagen wie Tacitus, sondern wie Dionysius, bei denen das nicht leicht zu erkennen ist. Sie haben es fertiggebracht, auch dem die beste Seite abzugewinnen. Wie man den besten Porträtmalern nachrühmt, daß sie die Menschen der Wahrheit gemäß darstellen und doch lebenswürdig erscheinen lassen, so haben auch Sie es verstanden, die Menschen darzustellen, vielleicht nicht immer wie sie waren, sondern wie sie hätten sein können. Das war trotz der Verzuckerung eine reichlich bittere Pille für den Historiker, der auf seinem Wirklichkeitsinn besonders stolz war.«

Aber den rauhen Atem der Wirklichkeit scheute Ranke schon deshalb, weil er Historie für die dünne Schicht der Gebildeten schrieb; keiner war wie er der Geschichtsschreiber der »meinen Leute«. Die Quellen, aus denen er mit Glück schöpfte, beschränkten sich im wesentlichen auf die diplomatischen Akten der Staatsarchive; er sah das große Weltgeschehen fast einzig durch die Brille der Diplomatie; was nicht in den Akten stand,

war das für ihn überhaupt noch in der Welt? Von wirtschaftlichen und sozialen Triebkräften der historischen Begebenheiten ahnte er kaum etwas, und vor der Masse, wenn sie schon einmal die weltgeschichtliche Bühne betrat, hatte er ein unbezwingliches Grauen. Vorhang herunter! So glitt er über das brennend wichtige Kapitel des Bauernkriegs mit einer mehr als dürftigen Schilderung hinweg, und es steckt keine Uebertreibung in der Behauptung Franz Mehrings, daß man aus dem schmächtigen »Thomas Moore« Kautskys die sittlichen Kräfte des Reformationszeitalters unendlich besser kennen lerne als aus Rankes fünf dicken Wälzern.

Daß die eigentliche geistige Entwicklung des 1795 Geborenen in die windstillen Jahrzehnte nach dem Wiener Kongreß fiel, und daß er sich früh als Günstling der gegenrevolutionären Clique am preußischen Hof fühlen durfte, bestimmte Rankes Wesen als Politiker und auch als Historiker. Wenn er das Berliner Zeughaus, unter Friedrich I. errichtet, ein Bauwerk nennt, »welches zugleich Ruhe und Stärke atmet, bei dessen Beschauung man das Gefühl hat, es müsse so sein, wie es ist«, so ging es ihm kaum anders bei Betrachtung des vormärzlichen preußischen Staates; auch hier hatte er den Eindruck, er müsse so sein, wie er war. Denn im Ranke spiegeln sich die Gedanken, Empfindungen und Wünsche jenes Teils des Bürgertums, in dem die unselbige historische Entwicklung Deutschlands jeden Bürgersinn, Bürgerstolz und Bürgertrotz abgetötet hatte, und der sich im Schatten der überkommenen Macht am wohlsten fühlte. Sicher war er kein Streber im gewöhnlichen Begriff des Wortes, aber von einem König huldvoll angesprochen zu werden, mit Staatsministern zu plaudern, Prinzen zu unterrichten, vor Hofkutschken den Hut zu ziehen, Exzellenz von Ranke zu heißen, das war himmlisches Manna für die Seele des körperlich kleinen Mannes. Ueberall stand er darum mit dem Rücken gegen die Entwicklung des neunzehnten Jahrhunderts. Im Vormärz verteidigte er in seiner »Historisch-Politischen Zeitschrift« jede schädliche Unterdrückungsmaßregel der Berliner Gewalthaber gegen demokratische Bestrebungen, schlug sich im Konflikt der »Göttinger Sieben« auf die Seite des feigen Despoten, der an diesen freigesinnten Professoren sein Mütchen kühle, und hob bei der Märzrevolution von 1848 erschüttert die Aermchen gen Himmel: »Daß uns Handwerksburschen und Gassenbuben governieren wollen, ist das erträglich!« Vollends war ihm ein Grauel, was nur irgend nach Sozialismus schmeckte. Hinter der friedlichen Lehre des Utopisten Saint-Simon witterte er Barrikaden; Lamennais' »Worte des Glaubens« erschienen dem Entsetzten als »ein Meisterstück der Lüge, eine Apokalypse, welche Politik des Tages macht, ein Evangelium, das den Krieg predigt, ein Koran der empörten Fabriken«; 1848 schüttelte er sich: »Aus dem Innern der europäischen Gesellschaft steigt eine Macht hervor: die Population der Fabrik, um die Gesellschaft umzustürzen oder zu beherrschen;

Bismarck verargte er, daß er durch Einführung des allgemeinen und gleichen Stimmrechts das Aufkommen der sozialrevolutionären und kommunistischen Bewegungen gefördert habe, und als unter dem Sozialistengesetz die Schweiz zur geistigen Zufluchtsstätte der deutschen Sozialdemokratie wurde, redete er in einem Brief an Edwin v. Manteuffel der Besetzung der Eidgenossenschaft durch die Pickelhauben das Wort.

Auf seine Geschichtsschreibung färbte solche Gesinnung unheilvoll ab. Nur scheinbar objektiv, war seine Historie in der Tat eine einzige Verbeugung vor den Mächten des Beharrens: sie wirkte antidemokratisch, gegenrevolutionär, entwicklungsfeindlich. Luther etwa erschien in dieser Beleuchtung als »einer der größten Konservativen, welche je gelebt haben«. So kredenzte Ranke einem Bürgertum, das statt zu kämpfen sich unter die Macht ducken wollte, den Schlummertrunk. Als sein Stern aufging, stand die Sonne Hegel hoch am Firmament; nach der Doktrin dieses kgl. preußischen Hofphilosophen umschloß der Staat den Sinn der Weltenschöpfung; der Staat war nicht für den Menschen, sondern der Mensch für den Staat da; ein Mittel, oben der Staat, wurde in fast unheimlicher Weise zum Selbstzweck. Wenn Ranke einer Geschichtsphilosophie wie einer systematischen Weltanschauung überhaupt entbehrte, lehnte er es vor allem ab, ein Jünger Hegels zu heißen. Aber da damals die ganze geistige Atmosphäre mit Hegel elektrisch geladen war, unterlag auch er unbedeutend dem allgemeinen Einfluß. Jedenfalls bildete auch für ihn die Macht eines der hervorragendsten Prinzipien der Weltgestaltung, und da in seiner Schilderung die selbständigen Staatsindividuen auftreten, etwas Absolutes darstellend und eigenen Gesetzen folgend, deckte sich seine Auffassung haarscharf mit der Machtstaatstheorie Hegels. Daß der Staat ein Ding an sich sei, daß Macht und Gewalt das Wesen des Staats erschöpfe, daß der Staat über Recht und Moral stehe — das Gift dieser gemeingefährlichen Irrlehre floß auch aus Rankes Werk in die Blutbahn des deutschen Volkes.

Dabei war er durchaus kein brüllender, mit »Heil!« auf seinen Schild schlagender Teutone. Für die geistigen Werte Frankreichs

hatte er einen feineren Nerv als die meisten seiner Landsleute, und da er im Begriff der Menschheitskultur lebte und webte, stand er Goethe ebenso nah wie er von Göbbels durch ganze geologische Erdperioden getrennt ist. Nicht umsonst kreierte ihm Treitschke an, daß ihm »das kurz gebundene preußische Wesen, der eigentümliche »Muck« der Märker« ebenso fremd geblieben sei wie »der reizbare Stolz preußischer Staatsgenüsse«. Noch verdächtiger war Rankes Haltung zur Judenfrage. Er verkehrte während seines Wiener Aufenthalts in den jüdischen Häusern Arnstein, Ephraim, Eskels und Pereira, gehörte in Berlin zum intimen Zirkel der Rahel Varnhagen, pflegte näheren Umgang mit dem Begründer der Völkerpsychologie Moritz Lazarus, förderte begabte jüdische Schüler wie Adolf Cohn und Siegfried Hirsch nach Kräften und lehnte die Aufputzung der Pöbelinstinkte durch die antisemitische Propaganda Stöckers verächtlich ab. Ja, in seiner Weltgeschichte sprach er von den Juden des Alten Testaments mit hoher Anerkennung und nannte die Könige Saul und David geradezu ein »Vorbild für alle Jahrhunderte«. Sollte da nicht —? Aber selbstverständlich! Jüdische Blutmischung schlossen bei diesem Enkel und Urenkel protestantischer Geistlicher die pathologischen Rasseschnüffler des »Semi-Gotha« aus der Tatsache, daß unter seinen Ahnen der Vorname Israel mehrfach wiederkehrte! Und der Name Ranke! »Ranke ist ein symbolischer Name ganz Judas: der jüdische Epheu, der sich an der deutschen Eiche emporrankt, sie umklammert und ihr alle Lebensäfte unterbindet, bis sie verrotzt und in sich zusammenbricht«. Da heute die gleichen pathologischen Rasseschnüffler, die damals keine Katze ernst nahm, in Deutschland an der Herrschaft sind, kann man Ranke nicht gut für das »Dritte Reich« in Anspruch nehmen.

Aber vielleicht tuen es zu seinem fünfzigsten Todestag die Göbbels und Rust dennoch, denn das Rudel grausamer Stümper und Dilettanten, das den Namen Deutschlands unsterblich blamiert, muß sich von großen Namen Glanz borgen. Und ein großer Name ist Leopold Ranke trotz allem.

Pierre Ponce.

12mal Mein Kampf

Der deutsche Reichsinnenminister hat allen Gemeinden befohlen, jedem Paar bei der Eheschließung eine Ausgabe von Hitlers »Mein Kampf« zu überreichen. Welch ein Segen wird über das Volk ausgeschüttet! Wenn so ein Untertan halbwegs Glück hat, bekommt er das erste »Mein-Kampf«-Exemplar bei irgendeiner Pimpfenprobe, das zweite als Prämie für schulische Leistungen, das dritte als Sportauszeichnung der Hitler-Jugend, das vierte bei der Schulentlassung, das fünfte beim Reichsberufswettkampf, das sechste für treu geleistete Dienste bei der SA. Die Braut bringt natürlich auch mindestens

fünf Exemplare mit in den ehelichen Bücherschrank (vom BDM, aus der Schule, von der NS-Frauensschaft, aus dem Arbeitsdienst, vom Wettkochen), so daß die standesamtlich überreichte »Volksausgabe« das Dutzend voll macht. Sollten Drillinge geboren werden, so . . . aber das ist nicht mehr auszurechnen. Wenn man sich des Uebermaßes wenigstens noch entledigen könnte — aber nein! Wehe dem Antiquar, der etwa eine gebrauchte Führerbibel ankaufen wollte!

Wer lacht da? Der Eher-Verlag, der auf diese Weise von der Gesamtheit des Volkes eine nette Sondersteuer erhebt. Und wer der Hauptverdiener des Eher-Verlages ist, weiß jedes Kind.

Rhythmus der Zuchtwahl

Zuschrift an die »Deutsche Allgemeine Zeitung«:

»An Stelle des heutigen modernen Gesellschaftstanzes, der in seinem Individualismus und Liberalismus und durch das Eindringen fremder Bewegungsformen und Rhythmen in Tanz und Musik, ein vollkommenes Spiegelbild der zerrissenen Zeit von 1918 bis 1933 und ihres Geistes darstellt, muß ein neuer, allgemeiner gesellschaftlicher Tanz gesetzt werden. Eine Neuordnung des Gesellschaftstanzes ist aus den verschiedenen Gründen von größter Wichtigkeit. Er beeinflusst die biologische Kraft unseres Volkes aufs stärkste (der Tanz ist immer noch in vielen Fällen der entscheidende Anlaß für die Wahl des Ehepartners). Die tieferen Gründe, unter denen eine solche Auswahl steht, sind entscheidend für die Frage, ob Mann und Frau bloß körperliche Lust wünschen oder ob dahinter tiefere Wünsche (Willen zur Mutterschaft, Wahl nach innerer Zuneigung, Würde und Haltung auch in den Dingen des geschlechtlichen Lebens) stehen.«

In der schmachvollen Aera des Individualismus und Liberalismus dichtete Wilhelm Busch:

Elfriede tanzt wie eine Sylphe —
Ihr Tänzer ist der Forstgehilfe.
Heute, wo die biologische Kraft Prüfstein
für den Tanzpartner ist, muß es heißen:
Elfriede tanzt jetzt nicht mehr flüchtig —
Sie prüft, ob Gerhard rasseltüchtig.

Rassenreine Astrologie

Nachdem im Dritten Reich nicht nur die Physik, sondern auch die Geisteskrankheiten rassenreine nordische Abarten gezeigt haben, ist es höchste Zeit, daß auch der mittelalter-

liche Aberglaube und die mit ihm verbundene halbwissenschaftliche Spekulation in eine nordische und eine jüdisch versippte Komponente geschieden werden. Das dringend Notwendige ist auch bereits vollbracht. In einer Buchbesprechung der »Zeitschrift für die gesamte Naturwissenschaft«, Heft 12, März 1936 (Verlag Vieweg, Braunschweig) über eine Geschichte der Astrologie heißt es wörtlich: »... es verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß dabei die rassistisch bedingten Verschiedenheiten in der Einstellung zum Sternenglauben nicht außer acht gelassen sind... doch bleibt die entscheidende Frage nach der Einstellung deutscher Menschen zur Astrologie unbeantwortet, unbeachtet.« Um den in der Kritik bezeichneten Mangel zu beseitigen, wäre vorzuschlagen, auch in Schillers »Wallenstein« eine Umarbeitung vorzunehmen; bisher ist zweifellos nicht genügend darauf hingewiesen worden, daß Wallenstein seinen tragischen Untergang vor allem der teuflischen Kunst seines Hofastrologen Seml, eines schwarzhaarigen, vernegerten Italiensers zu verdanken hatte.

Gleichgültigkeit und Abstumpfung

»Eine Gefahr, die nicht ernst genug genommen werden kann.«

Wer das braune Jugendtreiben in Deutschland nur von außenher sieht, der kann den Eindruck gewinnen, daß sich die Heranwachsenden der stramm militärischen »Ausrüstung« begehrt, willig und kritiklos fügen. Schon die Tatsache, daß ihnen alles, was früher teils als Spielerei, teils als Erholung galt

— das Basteln wie das Indianerspiel im Zeltlager, der Keulenwurf wie das Theaterspiel — heute als patriotische Tat angerechnet wird, muß die Kinder naturgemäß fesseln. Aber gerade der Außenstehende, der nur das Trommeln und Pfeifen hört und nur die festlichen Schaustellungen sieht, kann leicht irre gehen. Die wahre Stimmung der Burschen und Mädchen äußert sich nicht auf den Aufmarschplätzen, sondern in der Häuslichkeit, zwischen den schützenden vier Wänden. Und was die Mütter so manchmal zu hören bekommen, das verrät die in Deutschland erscheinende Zeitschrift »Die Frau« — früher ein demokratisches, der Frauenbewegung eng verbundenes Blatt — mit deutlichen Worten:

»Vermeidet alle Ueberfütterung mit den neuen Grundsätzen Volksgemeinschaft, Kameradschaft, Blutgebundenheit usw.! Wer wirklich in der Jugend drin und nicht über ihr steht, und wer unbefangene Äußerungen von ihr hört, der weiß, wie wichtig diese Bitte ist — und wie notwendig! Zwangsweise geistige Ueberfütterung hat noch immer mindestens Gleichgültigkeit und Abstumpfung hervorgerufen, wenn nicht Schlimmeres.«

Wir dürfen nicht vergessen, daß unsere heutige Jugend z. T. ja nicht mehr in der Kampfzeit aufgewachsen und an ihr beteiligt ist, daß also all diese Begriffe für sie nicht etwas Neues, etwas Kämpferisches und also Lockendes und Begeisterndes an sich haben können. Denn das Neue, das womöglich im Gegensatz steht zu dem, was von oben her ihnen eingepflanzt und gepredigt wird, das ist und bleibt nun einmal für die Jugend das am meisten Anziehende. Deshalb sollten alle Jugendleiter sich hüten, durch massenweises Inaufordern immer derselben Begriffe und Forderungen die Ju-

gend abzustumpfen und überdrüssig zu machen, ja sie vielleicht sogar dadurch in die Opposition hineinzutreiben. Hier liegt eine Gefahr die nicht ernst genug genommen werden kann, und die gerade die Mütter am frühesten erkennen können.«

Die Krankheit — oder besser gesagt: die beginnende Gesundung — muß schon weithin sichtbar sein, wenn eine Zeitschrift, die sonst ihrer Vergangenheit wegen besonders vorsichtig ist, solche Töne anschlägt. Sache aller Hakenkreuzgegner wird es sein, sich des opponierenden Teiles der deutschen Jugend anzunehmen.

Blut- und Paukboden

Die »Westdeutsche akademische Rundschau« schreibt:

»Die Hauptwiderstände gegen die Lösung der Satisfaktionsfrage für die Studentenschaft wurden lange Zeit von den katholischen Verbindungen geleistet. . . . Nachdem aber die SA-Ehrenordnung die unbedingte Satisfaktion für alle SA-Männer gebracht und nachdem der Reichsführer der SS für die Schutzstaffeln den Grundsatz aufgestellt hat, die Ehre müsse mit der Waffe verteidigt werden, hat die Lösung für die Studentenschaft nicht mehr lange auf sich warten lassen können, zumal da die Anerkennung der Satisfaktion für SA und SS den waffenstudentischen Ehrenstandpunkt aus einer cliquenhaften Exklusivität herausgezogen und zum selbstverständlichen Gemeingut germanischdeutscher Lebenshaltung gemacht hat.«

Denn die Volksgemeinschaft besteht in erster Linie darin, daß nicht nur ein Privilegierter dem andern, sondern jeder jedem die Fraize zerhacken darf.

Ein Olympier!

»Reichssportführer« von Tschammer-Osten: Ein Beitrag zu seiner Visitenkarte

Der »Reichssportführer«, Herr Tschammer-Osten, führt zur Zeit von Hauptstadt zu Hauptstadt in der Welt, um für die Hitler-Olympiade in Berlin zu werben. In Polen, versteht sich, hat er angefangen. Selbstverständlich wird Herr Gömbös folgen. Dann wird er auch beim »Duce« antichambrieren. Wie lange wird es aber dauern, und er trifft sich auch an der Themse mit den Right Honourables im Schatten der Westminster-Abtei oder an der Seine mit dem oder jenem »Unsterblichen«, dem das berühmte rote Bändchen am Knopfloch leuchtet?! Damit der anerkannten Welt und der geachteten Gesellschaft, auf die Herr von Tschammer-Osten nun einmal losgelassen ist, weil das Reich Devisen benötigt, unter Umständen arger Verdruss und Aerger oder gar noch Schlimmeres erspart bleiben möge, sei hier ein Visitenkarte dieses Duplikats von Ribbentrop beigefügt! Wir nehmen nämlich nicht ohne Grund an, daß der Herr »Reichssportführer« niemandem und unter gar keinen Umständen verraten wird, auf welche Weise er, der vor vier Jahren noch gar so »unbekannte Soldat«, eigentlich eine so glänzende und einträgliche Karriere gemacht hat, die ihn heute zum Weltreisenden der deutschen Nation befähigt.

Herr von Tschammer-Osten war ein sehr, sehr beschäftigungs- und mittelloser Offizier a. D. des Weltkriegs — und er trug auch damals noch durchaus keinen ein wenig nach Hochstapelei riechenden Doppelnamen, als er auf einmal in dem sächsischen Spießstädtchen Löbau auftauchte. Das Städtchen hatte den Anschluß an die gloriose Aera Krupp-Thyssen vor vielen Jahrzehnten mit dem Todesmut der Krähwinkel und dem ganzen stolzen Trotz des Klein-Bourgeois höchst erfolgreich verpaßt; es wollte partout keine »Roten« in seinen Mauern haben. Dafür hat es bis heute mehr Kneipen und Budiken, als selbst ein Brauereiaktionär gut verantworten kann. In den allermeisten macht Gambinus das Kompagniegeschäft zusammen mit Venus vulgiva — letztere in Gestalt der auf Kredit vom ober-schlesischen Mädchenhändler bezogenen Kellnerin oder auch »Bedienung«. Der spätere »Reichssportführer« fühlte sich nirgendwo geborgener, als in dieser feucht-sächsischen Romantik hinter Bierfilzen und zugezogenen Gardinen im »Privatzimmer« der Löbauer Wirte, die in so stattlicher Zahl damals in den Jahren der Schmach und der Schande Herrn Tschammer geborgt haben dürften, daß sie eine ganze Standarte oder doch einen Sturmabteilung komplett machen könnten.

Aber dem Herrn Oberleutnant a. D. mit dem nasen Herzen und dem trockenen Portemonnaie glückte zuguterletzt dennoch der große Wurf des Lebens. Da liegt, eine Stunde von Löbau weit, das Rittergut Klein-Dehnsa — sicherlich keine allzu üppige Angelegenheit, wie es schon die Rittergüter im ehemaligen »roten Königreich« zum Unterschied von ihren preussischen Kameraden zu sein pflegen. Immerhin war da ein stattliches Herrenhaus, immerhin Stallung für fünfzig und einiges Hornvieh, wenn auch alles ein wenig schon baufällig und verfallen. Der von Tschammer erschien der einsamen Erbin dieses Rittergutes als ein strahlender Kriegerheld, sie heiratete ihn! Herr Tschammer legte sich von Stund an Reitstiefel und Sporen zu. Aber auch seinen wohlklingenden Doppelnamen.

Schon vorher hatte Herr Tschammer (ab dato: von Tschammer-Osten) zwischen Vor- und Nachmittagschoppen eifrig darüber nachgedacht, wie des Vaterlandes Schmach und Schande und wie zugleich seinem Dalles ein Ende in Ruhm und Ehre bereitet werden könne... Gelegenheit, die Schleusen des Gefühls sowohl wie der tatfrohen Männlichkeit nach dieser Seite zu öffnen, bot damals der »Jungdeutsche Orden« des ähnlich beschaffungslos darniederliegenden Herrn Oberleutnants a. D. Mahraun, »Hoch-« und »Großmeister« besagter ritterlichen Angelegenheit mit Supernumerar-Beigeschmack. Die Nazis gab es — ach! — noch nicht. Beim »Stahlhelm« aber waren noch die potenteren und soliden Reaktionen. — Für romantisch gehobene Handlungshelfen, für dürtig durch die Inflation durchgekommene Seminaristen, für Kriegseutnants außer Dienst ohne einen Monatswechsel der heimischen Penaten — für sie alle war damals der »Jungdeutsche« einfach da! Herr von Tschammer wurde gleich

ein »Großkomtur« der »Ballei Sach-sene« (wörtlich und dokumentarisch!)... In dieser seiner Ordenswürde verwaltete er auch ein wenig Geld.

Noch war damals der Osthilfe-Skandal zwar noch nicht erfunden, aber er lag doch schon gewissermaßen in der Luft, Herr von Tschammer machte also zunächst einmal seine private Osthilfe! Wozu hatte er auch das Geld seines »Ordens« daheim in der Truhe liegen? Nicht nur, daß er damit zunächst einmal seine Wirte nebst zugehörigen »neuen feischen Bedienung«, die gleichermaßen heftig drängelten, zur Ruhe und Raison brachte, — nein, auch ins eigene Rittergut steckte er die schätzbaren Reste. Man sprach von einigen ... zigtausend Mark, die es so schmählich verpaßten, mit Mahraun und dem »Hochmeister« gen Ostland zu reiten, dafür aber an den Gemütsbeuten und Schweine-trögen von Klein-Dehnsa hartnäckig kleben blieben. Herr von Tschammer mußte schließlich mit einigem Gestank, aber auch plötzlich aus dem »Jungdeutschen Orden« verschwinden. Es gab lange Wochen, in denen ihm fast jeden Tag die sehr weit verbreitete Zentralzeitung des »Ordens«, der Berliner »Jungdeutsche«, gleich auf der ersten Seite öffentlich und redlich bestätigte, daß der ehemalige »sächsische« »Großkomtur« ein runder und kompletter Defraudant und Dieb sei. Nie ist bekannt geworden, daß der jetzige »Reichssportführer« Hitlers die so erworbene plötzliche Berühmtheit an dafür eingerichteter Stelle desavouiert und bestritten hätte!

Wo aber hätte Herr von Tschammer-Osten, nachdem er den »Jungdeutschen Orden« schon bekaut hatte, anders landen können, als eben bei den nun sich vordrängenden Nazis?! So einem »alten Kämpfer« (siehe Röhm!) sieht man ja nicht ins Maul! Herr von Tschammer-Osten, obschon emeritierter Dieb, kam zu den Nazis; und sein Rittergut Klein-Dehnsa wurde von nun an eine Art höherer Kriegsakademie für Bürgermord. In seinen Scheunen und Ställen übten jetzt alle angesehenen SA- und SS-Führer Ost-sachsens, wie man die »Marxisten« frontal und durch Umfassung erledigt. So ziemlich jeden Sonntag war in Klein-Dehnsa Manöverkritik der versammelten Versammlungsschläger. Die Gendarmerie, stärker innerlich schon gleichgeschaltet, als die gutmütigen Republikaner sich je erahnten, drückte alle amtlichen Augen zu; der Herr Amtshauptmann nicht minder! Schließlich lief den Proleten der näheren Umgebung die berühmte Laus über die Leber. Sie brachen sich einige handfeste Latten an Tschammer-Osterns rittergütlichem

Zaun ab und verwalteten den ehemaligen »Großkomtur« ebenso gründlich wie seine Bürgerkriegskommilitonen. Es war die einfache und leicht verständliche Notwehr der sozusagen kochenden Volksseele. Der Staatsanwalt aber schleuderte gegen die Frevler Donner und Blitz und Zuchthaus nur so aus dem Talarärmel; er hatte wieder einmal — schon damals — im Interesse seiner kommenden Karriere im Dritten Reich — die »kommunistische Weltgefahr« entdeckt: Es hagelte Landfriedensprozesse, nicht freilich gegen den ehrenwerten Herrn von Tschammer...

Was aber hatte bis dahin eigentlich Herr von Tschammer-Osten mit dem deutschen Sport und den deutschen Leibesübungen zu tun, wenn man nicht gerade seine Exerzitien in Löbaus Kneipen oder auch seine Bürgerkriegsmanöver als solches, das mit der »mens sana in corpore sano« zusammenhängt, ansehen will? Weniger als gar nichts! Aber dafür durfte er gleich zu Anfang der Hitlerzeit einen Mann wie den Staatssekretär Lewald verdrängen und diesen bis vor's Tor eines Kasset bringen. Dafür durfte es die letzte Großtat von ihm sein, erst in den vergangenen Wochen der deutschen Turnerei ein unrühmliches Ende im großen Auslaugkessel der »Reichssportschaft« zugunsten der riesigen Bonzengehälter Gleichgesinnter zu bereiten, nachdem die »innere« Gleichschaltung bei den zahlreichen und zum Teil finanziell gut fundierten deutschen Turnvereinen bereits längst früher schon erfolgt war. Uns kann niemand übertriebener Sympathie für Deutschlands Turnerei bezichtigen, wie sie schon — Abklatsch der allgemeinen politischen Tragödie der Deutschen! — historisch geworden war. Immerhin, vor einigen Jahren führte sie noch der alte grimme, bärbeißige Leipziger Sanitätsrat Götz, alter Achtundvierziger, dessen Sohn als freihütlich gesinnter Professor für deutsche Geschichte an der Leipziger Universität den Traditionsstolz seiner Klasse wenigstens honoris causa zu bewahren suchte. Die deutschen Turner —? Noch nicht einmal der Name ist ihnen heute noch geblieben, von ihren Vereinskastan, aber auch von ihren goldenen Fahnen ganz zu schweigen — sie, die jetzt grade noch beitragssteuernde Staffage für einen perfekten Hochstapler aus Hitlers Umgebung sein dürfen! Vom bramabarsierenden, aber grundehrlichen patriotischen Kautz Jahn über den knorrigen Leipziger Sanitätsrat Götz zu Tschammer-Osten, von einer vaterländischen Tradition zum internationalen Bluff, vom »Turnvater« zum »Reichssportführer« — weich ein echtes, aber auch trauriges Stück deutscher Geschichte! 000

Arbeitsfront verteilt Orden Leistungen an Mißwirtschaft und Korruption

Es ist erreicht — Reichsleiter Robert Ley hat seine Bemühungen zur umfassenden Ausbildung des wirtschaftlichen Nachwuchses mit der Einführung einer Ordensverleihung gekrönt. Um der Berufserziehung einen besonderen Ansporn zu geben, wird ein Leistungsabzeichen mit Eichenlaub und Hakenkreuz für vorbildliche Erziehungsstätten verliehen. Das so oft angekündigte Berufsausbildungsgesetz ist zwar noch immer nicht zu sehen, aber die deutsche Jugend mag beruhigt sein, denn Ley stellt grundsätzlich fest, »daß die Deutsche Arbeitsfront der Treuhänder der deutschen Berufserziehung ist«.

Sie hat aus dem reichen Schatz ihrer Erfahrungen Richtlinien aufgestellt, die eine Berufserziehungswerkstätte gerecht bewerten lassen. Sie bilden den Maßstab für die Verleihung des Leistungsabzeichens an industrielle kaufmännische Betriebe usw.

»Das Leistungsabzeichen zeigt das Hakenkreuzzahnrad, hinter ihm einen Hammer, an dessen Stiel Eichenlaub liegt und trägt die Aufschrift »Von der Deutschen Arbeitsfront anerkannte Berufserziehungswerkstätte«.

Es kann am Haus, auf den Briefköpfen und an den edelsten Körperteilen der Betriebsführer angebracht werden. Bei der Prüfung wird natürlich vor allem nach der weltanschaulichen und körperlichen Erziehung der Betriebsleiter »im nationalsozialistischen Sinn« entscheidender Wert gelegt. Wer die Arbeitsfront kennt, wird kaum annehmen können, daß die Erlangung des »Leistungsabzeichens« etwa billiger zu stehen kommt, als der Kommerzienrattitel im kaiserlichen Deutschland.

Ley hat aber gleichzeitig eine große so-

ziale Tat zur Höherentwicklung des Lehrlingswesens vollbracht. Es sind nicht etwa Schutzbestimmungen gegen die Lehrlingszüchterei und Lehrlingsausbeutung getroffen worden. Aber es ist endlich Schluß gemacht worden mit der »sang und klinglosen« Einführung und Freisprechung der Lehrlinge. Es darf nicht länger geduldet werden, daß der junge Mensch »formlos in den Beruf tritt«. Um den Berufsstart zu feiern, soll in den Großbetrieben im Rahmen eines Betriebsappells die feierliche Einführung des neuen Lehrlings erfolgen. In den Kleinbetrieben hat Ley eine ähnlich herzliche Art für die Berufseinführung des Lehrlings angeordnet. Derselbe Klimbim wird für den Freispruch des ausgebildeten Lehrlings verfügt. Ley behauptet, daß mit diesen grundlegenden sozialen Reformen die innere Verbindung des Lehrlings mit dem Betrieb hergestellt worden wäre. Als besonderes Geschenk wird der Ausgelernte auch noch ein Fachbuch überreicht erhalten.

Nach diesen letzten Errungenschaften der DAF hat sie, wie die DAK feststellt, einen Gradmesser für den Leistungswillen der deutschen Wirtschaft geschaffen.

»Die DAF hat darüber hinaus aber auch der Wirtschaft eine weltanschauliche Prüfung vorgelegt. Denn das Leistungsabzeichen kennzeichnet nicht nur einen sachlich einwandfreien Betrieb, sondern es sagt auch jedem, daß hier im nationalsozialistischen Sinn gearbeitet, daß hier der Sozialismus des neuen Reiches geformt wird.

Die Deutsche Arbeitsfront ist berufen, solche Leistungsabzeichen zu verleihen, nachdem sie eine dreijährige eigene Höchstleistung an Mißwirtschaft und Korruption aufzuwei-

sen hat. Am 2. Mai 1933 hatte sie den Gewerkschaften Hab und Gut geraubt. Nach den Uebernahmeprotokollen sind damals allein von den freien Gewerkschaften 250 Millionen Barvermögen und ein gleicher Betrag an Immobilien, Beteiligungen usw. »übernommen« worden. Die Arbeiterbank mit 150 Millionen Depósitos und 12 Millionen Stammkapital war gleichfalls nationalsozialisiert worden. Heute muß die Arbeitsfront, mit einer jährlichen Beitragseinnahme von 300 Millionen Mark und dem gestohlenen Gewerkschaftsvermögen feststellen, daß sie nicht mehr in der Lage ist, ihre Unterstützungsverpflichtungen an die Mitglieder zu erfüllen. Die Leistungen waren schon einmal gekürzt worden und jetzt wird erklärt, daß es bei gleichbleibenden Beiträgen unmöglich geworden ist, weiterhin diese verminderten Unterstützungsleistungen zu gewähren. Die Erneuerer des Dritten Reiches haben innerhalb der Arbeitsfront nachweislich Millionen sorgsam ersparter Vermögen der früheren Gewerkschaften vergeudet und sie haben sich persönlich aus den zusammengetragenen Arbeitergroschen bereichert. Die Ausweise, soweit es solche gibt, ergeben, daß diese Vereine des Ley nicht weniger als fast 30 Prozent der Beitragseinnahmen oder jährlich 84 Millionen für Verwaltung, d. h. für Bonzengehälter verbraucht. Also müssen die Unterstützungen abgebaut werden. Die Einnahme des Ley bewegt sich in der Höhe des Einkommens Schachts, der es aus naheliegenden Gründen immer wieder ablehnt, seinen fetten Posten als Reichsbankpräsident mit dem eines Wirtschaftsministers zu vertauschen. Die Fälle von Unterschlagungen und Korruption gehen in der DAF und ihren Reichsbetriebsgemeinschaften in die Hunderte.

Aehnlich den Transaktionen des verschuldeten Reiches geht nun auch die Arbeitsfront dazu über, den Grundbesitz der früheren Gewerkschaften Stück um Stück zu verhökern. Diese Banditen, die das kollektive Vermögen der Arbeiterbewegung geraubt, verjuxt und vertan haben, verleihen heute »als Gradmesser für den Leistungswillen der deutschen Wirtschaft« Orden und Ehrenzeichen. Wenn einer verdient hat, sich dieses Leistungsabzeichen anzustecken, dann nur der Reichsleiter der Arbeitsfront. Denn was die Deutschen Arbeitsfront unter Leys Führung vergeudet und verwirtschaftet hat, ist nicht zu übertreffen.

»Unterricht im Heiratsbefehl«

In Potsdam sprach Himmler zu den »weltanschaulichen Schulungsleitern der Hitlerjugend«. Er sagt u. a.:

»Die Anforderungen (in der SS), besonders auf sportlichem Gebiet sind in den ersten fünf Jahren hoch. Es kommt hinzu der Unterricht im Heiratsbefehl der SS und die Erziehung zu einem ganz bestimmten Schönheitsideal und Typ.«

Der »Unterricht im Heiratsbefehl« ist am besten in den Kaninchenstall zu verlegen.

Neuer Vorwärts Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »G r a p h i a c«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kc 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kc 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kc 2.— (Kc 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Belg. 0.48 (5.90), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakische Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warchau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genane Bezeichnung der Konten ist erforderlich.